

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . Kr. 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich (1926)

## Das Bekenntnis der Schuldigen.

Die deutsche christlichsoziale Partei läßt in ihrem Hauptorgan verkünden, daß die von einigen Blättern gebrachte Mitteilung, bei der Abstimmung im Senat über den Antrag Donat-Juleger, der die dringliche Behandlung des Zollantrages der tschechischen Agrarier verlangt, hätten die Senatoren Gilgenreiner und Ledebur nicht mitgestimmt, unrichtig sei; richtig sei vielmehr, daß alle anwesenden christlichsozialen Senatoren für den Antrag gestimmt haben. Diese Feststellung ist sehr wertvoll; sie beweist, daß in der parlamentarischen Vertretung der deutschen christlichsozialen Partei vollständige Einigkeit über die Frage der Lebensmittelzölle vorhanden ist, und daß auch nicht einer der christlichsozialen Parlamentarier hinter dem andern im Eifer zurückstehen will, dem Volke zum Vorteil der Reichen auf dem Bande die notwendigen Lebensmittel zu verteuern. Sie legen Wert darauf, daß es allgemein bekannt werde: unter den christlichsozialen Führern gibt es keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß der sechsfache Friedenszoll eingeführt werde. Die Führer der schwarzen Heerscharen wollen für ihr Eintreten in der Zollfrage die tschechischen und deutschen Agrarier verpflichten, für die Erhöhung der Pfaffengehälter zu stimmen und darum beeilen sie sich, zu beteuern, daß sie nicht wanken und weichen, ehe nicht der konsumierende Bevölkerung das Fell über die Ohren gezogen sein wird.

Nun besteht aber die christlichsoziale Partei nicht bloß aus Pfaffen, ehemaligen Adligen und Parlamentariern, welche die Folgen einer Lebensmittelerhöhung leichter zu ertragen in der Lage sind, sondern es befinden sich in ihr kleine Leute, Gewerbetreibende, Angestellte, Besitzer kleiner landwirtschaftlicher Betriebe und leider auch noch immer viele Arbeiter und Arbeiterinnen, welche die Aussicht, für die Erhöhung der Pfaffenbezüge aus der Kongrua jährlich pro Kopf der Bevölkerung mindestens 50 Kronen mehr wegen der Lebensmittelzölle dem Staate und den größeren Grundbesitzern opfern zu müssen, nicht gerade entzünden dürfte.

Wir haben erst vor einigen Tagen eine Merikale Provinzzeitung zitiert, aus der hervorgeht, daß in der Partei durchaus nicht dieselbe Einmütigkeit in der Auffassung über die Lebensmittelzölle besteht, wie in der Führung der christlichsozialen Partei. Die christlichsozialen Abgeordneten und Senatoren müssen darauf gefaßt sein, daß ihr Eintreten für den Hungerzoll in den proletarischen Schichten ihrer Anhänger nicht Zustimmung hervorrufen wird, darum verjucht der Senator Josef Böhr, eines der Mitglieder der tschechisch-deutschen Zollmehrheit im Senat, in einem Artikel in der „Deutschen Presse“ die Haltung der christlichsozialen Parlamentarier zu rechtfertigen. Für ihn sei die Rücksicht maßgebend, daß er „als deutscher Christlichsozialer keiner politischen Klassen- oder Berufspartei angehöre, sondern einer Volkspartei, welche im Rahmen des Gemeinwohlles den notwendigen Lebenserfordernissen jedes ehrlich tätigen Berufes zu entsprechen hat, keinen auf ungebührliche Kosten eines anderen einseitig bevorzugend oder einseitig benachteiligend.“ Der Herr Senator Böhr versteht sich, wie man sieht, auf salbungsvollen Predigerton, aber ist er wirklich so naiv, zu glauben, daß seine Worte eine Rechtfertigung für sein und seiner Partei Eintreten für die Zölle bedeuten? Er will den notwendigen Lebenserfordernissen jedes ehrlich tätigen Berufes entsprechen. Wie reimt sich mit diesem schmalzigen Gemeinplatz zusammen, daß die Christlichsozialen bei der Zollfrage nur an die Forderungen der Agrarier denken, nicht aber an die Lebenserfordernisse der Millionen Menschen, die den Verbraucherschichten angehören? Er wird doch nicht behaupten wollen, — und wenn er dies tun wollte, dann sei ihm das Zeugnis seines Parteigenossen Dr. S. Reiner entgegengehalten, der selber zu

gibt, es gehe den tausenden Arbeitslosen sicher noch schlechter als der Landwirtschaft, — daß die Agrarier gegenwärtig der am schlechtesten gestellte Stand sind? Selbst in der gegenwärtigen Zeit, wo, wie zugegeben werden soll, die Landwirtschaft unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu leiden hat, ist es mit ihr noch lange nicht so schlecht bestellt, wie mit anderen Berufsgruppen. Weiß Herr Böhr und weiß die christlichsoziale Partei nichts davon, daß es viele zehntausende Arbeitslose, ebenso viele zehntausende Kurzarbeiter gibt, die kaum so viel haben, um den nagenden Hunger zu stillen? Wissen die frommen Herren nichts davon, daß auch die noch in Arbeit stehenden Menschen Löhne und Gehalte beziehen, die auf dem denkbar tiefsten Niveau stehen, so daß die tschechoslowakei in bezug auf die Einkommens- und Ernährungsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten erst an vierzehnter Stelle unter den europäischen Staaten steht? Welche Heuchelei, unter solchen Umständen zu behaupten, die christlichsoziale Partei wolle „keinen auf ungebührliche Kosten eines anderen einseitig bevorzugen oder einseitig benachteiligen!“ Sie steht eben im Begriffe, die einen, das sind die reichen Grundbesitzer, durch die Hungerzölle einseitig zu bevorzugen, die anderen, das ist die konsumierende Bevölkerung, in der einseitigsten Weise zu benachteiligen!

Herr Senator Böhr reiht allgemeine Gemeinplätze aneinander und meint wohl, sie bilden eine Begründung der christlichsozialen Zollbegeisterung. Völker und Staaten bilden, so deklamiert er, einen lebendigen Organismus, dessen einzelne Teile, also die verschiedenen Berufe aufeinander angewiesen sind; das Wohlfühlen des ganzen Organismus leide, wenn auch nur ein einzelner Teil krank. Ein einzelner Teil, und zwar ein sehr wesentlicher, das sind die arbeitenden Klassen, krank infolge der nun schon viele Jahre andauernden Wirtschaftskrise schwer, aber für diesen Teil hat der christliche Sozialismus weder Ohr noch Herz übrig, er sieht nur, daß in die Raiffeisen- und sonstigen ländlichen Sparkassen nicht mehr so viel Einzahlungen gemacht werden, wie früher in den fetten Jahren der Landwirtschaft. Böhr hört das ausdringliche Lament der Agrarier, — den Rotschreier der Massen in den Industriestädten und -orten will er nicht hören, dazu hält er sich durch seinen christlichen Sozialismus nicht für verpflichtet. Dafür sabelt er vom „sozialen Solidaritätsgefühl“ und auch davon, es solle keiner „stiefmütterlich behandelt“ werden. Das sind billige Phrasen, von denen selbst die an ähnliche Phrasentrost gewöhnten christlichsozialen Anhängerinnen nicht fett werden. Bemerkenswert ist, daß Herr Böhr nicht einmal darüber, ob die Lebensmittelzölle der Landwirtschaft helfen werden, im klaren ist, und auch nicht darüber, ob die Zölle die Konsumenten und anderen Produzentengruppen schädigen werden, denn diese Fragen stehen noch seiner Meinung erst „zur Prüfung!“ Was aber ihn und die christlichsoziale Partei nicht hindert, ohne Prüfung den Zöllen zuzustimmen; nebenbei bemerkt, ein Beweis für die Gewissenhaftigkeit und auch für das soziale Verständnis der christlichsozialen Partei. Herr Böhr hat noch nichts geprüft, hat nicht einmal dunkle Vorstellungen von der Wirkung, welche die Zölle hervorrufen werden, zerbricht sich nicht den Kopf darüber, ob die Einkommensverhältnisse der großen Massen auch noch die Belastung durch die Zölle auszuhalten vermögen, dennoch findet er, daß der sechsfache Friedenszoll gar nicht zu hoch ist, denn die Aufwertung der Valuta stehe zum Züricher Kurs zwischen 6 bis 7, so daß, gegenüber dem Jahre 1906 nach seiner Auffassung die sechsfache Erhöhung der Vorkriegszölle eigentlich „keine Erhöhung“ wäre! Herr Böhr operiert nur mit Zahlen und nicht mit den gegebenen wirklichen Verhältnissen, die, wenn er sie kennen würde, ihn darüber belehren müßten, daß mit Ziffern und Zahlen gar nichts getan ist, und daß die Lebenshaltung großer Massen keineswegs mit der

Lebenshaltung vor dem Kriege verglichen werden kann, so daß auch die mechanische Uebertragung der Zölle in die gegenwärtige Zeit ein vielfach gesteigertes Unrecht gegenüber der konsumierenden Bevölkerung bedeuten würde.

Es ist ein schwacher, lendenlahmer, unzulänglicher Versuch, den Herr Senator Böhr unternimmt, den Verrat der christlichsozialen

Partei an den Verbrauchern zu rechtfertigen. Den wahren Grund ihres Enthusiasmus für die Hungerzölle wird er nicht wegdisputieren können. Dieser Grund ist die Kongrua und ist das Streben, sich gewissen tschechischen Parteien anzubiedern, um die christlichsoziale Partei in die Regierung hineinzulassen. Der Verantwortung dafür wird die Partei nicht entrinnen!

## Die Friedensbedingungen der Gewerkschaften.

Widerruf der Aussperrungen. — Verhandlungen auf der Basis vom 30. April.

London, 10. Mai. Der Kongreß der Trade-Unions wiederholt in einer offiziellen Antwort auf die im Rundfunk gehaltene Rede Baldwin's seine wesentliche Bedingung für den Widerruf des Generalstreikes, nämlich, daß die Aussperrungsfundmachungen der Grubenbesitzer widerrufen werden. Der Kongreß ist der Ansicht, daß die Verhandlungen bei dem Stande, bei dem sie am 30. April abgebrochen wurden, wieder aufgenommen werden sollten. Der Kongreß wiederholt die Behauptung, daß der Generalstreik kein Angriff auf die Verfassung sei, und erklärt, es sei sein Streben, zu beweisen, daß der Streik bloß ein industrieller sei. Der Kongreß hat die Angebote finanzieller Unterstützung aus dem Auslande abgelehnt. Der Kongreß weist darauf hin, daß die Verbreitung des Friedensaufrufes aller Kirchenfürsten mit dem Erzbischof von Canterbury an der Spitze im Rundfunk nicht gestattet wurde. Der Kongreß charakterisiert diese Ablehnung als dazu bestimmt, um die Öffentlichkeit vollkommen im Vorurteil zu lassen, und der Öffentlichkeit zu verwehren, eine eigene Ansicht darüber zu gewinnen, was das Land in der jetzigen Lage fühlte.

\* \* \*

Der Londoner Korrespondent des Berliner Soz. Pressendienstes berichtet unter dem 9. Mai:

Der Ausmarsch ist vorüber, der große industrielle Konflikt ist in das Stadium des Stellungskrieges eingetreten. Gewiß, beide Parteien haben noch lange nicht ihre Reserven herangeholt, aber der Charakter des Streiks ist bereits ebenso bestimmt, wie 1914 mit der ersten Schützengrabenslinie der militärische Charakter des Weltkrieges bestimmt war. Es hat sich bereits gezeigt, daß der moderne Staat, sofern er sich auf die Möglichkeit eines Kampfes eingerichtet hat, in der Lage ist, eine sofortige Lahmlegung und damit verbundene Kapitulation im Falle des Generalstreiks zu verhindern. Es hat sich weiter herausgestellt, daß der moderne industrielle Riesenkampf, ebenso wie der moderne Krieg, alle von der älteren gewerkschaftlichen Generation gehegten Vorstellungen über die Dauer eines industriellen Großkampfes zu einer Revision zwingen. Schließlich hat sich ergeben, daß dieses ungeheure Ringen zwischen Staat und Gewerkschaft anzudauern vermag, ohne daß sich auch die geringsten Anzeichen dafür feststellen lassen, daß ein Bedeutungswandel des Streiks aus einem industriellen Abwehrkampf in eine revolutionäre Bewegung eintritt.

Man kann in diesem Augenblick sagen, daß sich die Kräfte der beiden einander gegenüberstehenden Mächte die Wage halten. Dem Staate ist es bisher gelungen, überall dort, wo das Dasein der Nation durch den Streik im Lebensnerv getroffen schien, einzuspringen. Er hat sich als stark genug erwiesen, in weitem Maße das Angebot der Gewerkschaften, die Lebensmittelversorgung und die Versorgung mit Licht und Kraft zu übernehmen, abzuweisen und diese Dienste durch seine freiwilligen Streikbrecher durchzuführen zu lassen. Auf der anderen Seite ist es den Gewerkschaften gelungen, die Produktion selbst völlig in dem von ihr gewünschten Maße stillzulegen. Die Gewerkschaften sind durch Aufbruch der sogenannten zweiten Linie, dank der bewundernswürdigen Disziplin ihrer Anhänger, jede Stunde in der Lage, diese Produktionsstilllegung nach Belieben auszudehnen. Die nächsten Tage dürften bereits eine Verschärfung der Situation durch eine Ausdehnung des Streikradius von den Gewerkschaften und durch eine weiter fortschreitende Uebernahme der Licht-, Kraft- und Lebensmittelversorgung von der Regierung ergeben.

Es kann nicht übersehen werden, daß hier alle Momente vorhanden sind, die auf eine außerordentliche Verlängerung des Ringens hindeuten. Die Reserven der beiden Parteien sind erheblich. Der Regierung ist es gelungen, ihre Front, wie die Kundgebung von Lord Oxford und die Rede von Sir John Simon beweist, auch auf die Liberale Partei auszudehnen. Das bedeutet, daß die Regierung im Notfall mit einer vermehrten Anzahl von Freiwilligen rechnen kann, wozu noch ihre beinahe unbeschränkten finanziellen Mittel hinzutreten. Aber auch auf der anderen, der gewerkschaftlichen Seite, läßt nichts auf ein Nachlassen des Willens zur Entschlossenheit schließen. Dagegen deutet alles darauf hin, daß die

zweite Linie ebenso entschlossen einem Austritt zur Arbeitsniederlegung Folge leisten wird, wie das mit der ersten Linie der Fall war. Auch materiell sind die Reserven der Arbeitererschaft noch nicht angegriffen. Streikunterstützungen wurden in der ersten Woche überhaupt noch nicht ausgezahlt; die Streikfonds sind also noch unangestastet, ebenso die Sparguthaben der Arbeiter. Die Kreditgewährung der Konsumgenossenschaften hat noch nicht eingelebt. Die Hilfsmittel der internationalen Gewerkschaftsbewegung sind noch nicht in Anspruch genommen worden.

Unter solchen Umständen ruft alles nach einer staatsmännischen Lösung. Die Gewerkschaften haben ihre Friedensbereitschaft immer wieder erkennen lassen. Sie haben feierlich erklärt, daß sie bereit sind, ohne Vorbedingungen in Verhandlungen einzutreten. Nicht so die Regierung. Baldwin hat die Parole ausgegeben, daß der bedingungslose Abbruch des Generalstreiks die Voraussetzung jeder Verhandlung sei. Baldwin hat dem Streik eine politische Bedeutung gegeben, die er im Bewußtsein der Streikenden selbst nicht hatte. Welche Baldwin auf seiner Formel, und er hat sie auch in seiner jüngsten am Samstag durch Radio verbreiteten Rede noch nicht zurückgezogen, so mag es geschehen, daß die Arbeitererschaft in ihrer Verzweiflung die politische Formel, welche die Regierung ausgegeben hat, aufnimmt und das, was als ein Verteidigungskampf um das Lebensniveau der Arbeitererschaft begonnen hat, als ein Machtkampf politischer Natur endet, der nach der Lage der Dinge mit schweren und blutigen Kämpfen verbunden sein dürfte.

## Verhaftungen von Arbeiterführern.

London, 10. Mai. (Reuter.) Die Streiklage ist unverändert. Auf Grund der Bestimmungen des Gesetzes über die Ausnahmeverfügungen verhaftete die Polizei in der Stadt Felling in der Grafschaft Durham zwei Führer der Labour Party, hervorragende Bürger von Chopwell, und zwar Will. Lawther, den ehemaligen Unterhauskandidaten für South Shields, und Harry Bolton, den Vorsitzenden des Bladonier Bezirksrates. Die Polizei weigert sich, sie ohne Kautions freizugeben.

Deute früh ist mit Ausnahme der „Times“ kein Londoner Blatt erschienen. Einige Provinzialblätter haben aber begonnen, wiederum zu erscheinen.

## Gummitüppel in Tätigkeit.

London, 10. Mai. (Wolff.) In Preston mißte die Polizei gestern viermal mit Gummitüppeln gegen eine vieltausendköpfige Menge vorgehen, die versuchte, die Polizeistation zu stürmen, um einen Verhafteten zu befreien. Verschiedene Polizisten wurden durch Steine und Ziegel getroffen. Sechs Personen wurden verhaftet. Auch in Hull fanden neue Ausschreitungen statt, die bis in den frühen Morgen fortbauerten. Bierzig Personen wurden verlest. In New-Castle machte die Polizei gestern abends zwei Knüppelattacken auf die zehntausendköpfige Menschenmenge.

# Wohin steuern die Merikalen?

## Der Faschismus und die deutsche christlichsoziale Partei.

Seit einigen Wochen erscheinen in dem Zentralorgan der Christlichsozialen, in der „Deutschen Presse“, von Zeit zu Zeit Artikel, die sich mit der Frage der Demokratie und des Parlamentarismus befassen. Diese Diskussion läuft von allem Anfang an in einem sonderbaren Geleise. Daß man über den Parlamentarismus diskutiert, ist an sich weder verdächtig noch verworlich, wichtig ist aber, wie man diskutiert, und nicht zuletzt, wer diskutiert. Es ließe sich darüber streiten, ob die Christlichsozialen als Partei überhaupt moralisch befugt sind, über die Demokratie zu Gericht zu sitzen. Sie waren immer bemüht, der Demokratie Knüttel zwischen die Beine zu werfen, sie aufzukalten, wo sie noch im Entstehen war, sie zu hindern, wo sie errungen war, sie mußten einem politischen System, das für sie immer ein Stein des Anstoßes war, sehr befangen gegenüberstehen und das Wohlwollen, das sie dem Gegenstand entgegenbringen, über den sie Gericht halten, kann nicht sehr groß sein. Voraussetzung aller Artikel in der „Deutschen Presse“ ist denn auch, daß die Demokratie sich überlebt hat, und sie versuchen lediglich die Erscheinung, die für sie unzweifelhaft feststeht, zu erklären oder nach einem Nachfolger für die erledigte Demokratie zu suchen.

Was aber immerhin den Christlichsozialen noch zugebilligt werden könnte, daß sie bei aller Voreingenommenheit gegen die Demokratie über die Demokratie ernsthaft reden könnten, das kann man nicht denjenigen zubilligen, die auf dem Papier und im Namen der christlichsozialen Partei ihre Plaudereien gegen die Demokratie halten. Da ist ein Dr. S., der immer noch angeht und dem Angeklagten gegenüber eine professorale Milde walten läßt. Aber auch er sieht im Parlamentarismus einen toten Mann und meint zu der Einschätzung des Parlamentarismus etwas Kühn:

„Die öffentliche Meinung ist sicherlich mit der größten Vorsicht zu werten; wenn sie aber so allgemein und einstimmig auftritt wie in diesem Falle, wenn die öffentlichen Meinungen ganzer Länder und Erdteile einander ähneln und gleichen, so kann man doch annehmen, daß sie wohlbegründet ist.“

Die Umgestaltung des Parlamentarismus wird als Problem nur angesehen und man konnte nach diesem Artikel glauben, daß die Merikalen guten Glaubens an die Befriedung einer Frage herantreten, die in ihrem Munde allerdings ganz unausweichlich einen üblen Beigeschmack bekommt.

Bald aber tauchte ein anderer „Demokrat“ in der „Deutschen Presse“ auf. Der Herr Alfons Mensdorff-Pouilly, ehemals österreichischer Hofadler, fühlte sich berufen, mit Rat und Tat der kranken Demokratie beizuspringen. Er stellte sich zunächst als Franzosenstammung und „Wahltsche“ vor, damit die christliche Öffentlichkeit von seinem unumstrittenen Beruf, Mentor einer sich national gebärdenden Partei zu sein, überzeugt werde. Auch er ist sich nicht im geringsten unklar über die Demokratie:

„Nun zur Sache: Ob der moderne Parlamentarismus krank ist? Gewiß ist er das, außer vielleicht in seiner Heimat England, wo er aber auch schon etwas unwohl ist. Am Kontinent aber war er seit jeher etwas kranklich, weil er, so wie er übernommen wurde, ein Importartikel war, dessen Akklimatisation nicht restlos gelang. Heute aber steht die Sache so, daß man sagen kann: Die in der letzten Zeit zur Demagogie ausgeartete Demokratie hat es dahin gebracht, daß die parlamentarische Demokratie in rabulischen Arzelen jeden Kredit verlor und als überwundene Form, ja als reaktionäre Institution hingestellt wird.“

Der angestammte Wahltsche Mensdorff-Pouilly lehnt also den Importartikel „Demokratie“ ab, was nicht weiter verwunderlich ist, da er ja seinerzeit gegen den heftigsten Widerstand der Herren vom Schlosse des Fürsten Mensdorff importiert wurde. Besonders bedenklich erscheint ihm — und das schreibt er in einem Merikalen Blatt! — die Verbindung von Demokratie und Demagogie:

„Weil Demokratie und Demagogie, wie erstere heute vielfach aufgefaßt wird, nur zwei Namen für dieselbe Sache sind.“

Das Heil suchte der hohe Herr nicht in einer Ausgestaltung und Umgestaltung der Demokratie, sondern in einer Rückkehr zum Feudalismus. Die Reberwerdung der Fronde, des französischen Adels, durch das Königtum und die folgende revolutionäre Entwicklung tragen die Schuld an allem Unglück. Und ob auch der Kardinal Magarin sich im Grabe umdreht, wenn so etwas in einem katholischen Blatt steht, die Nachwelt armet bei dieser Freundschaft erleichtert auf, denn endlich, endlich, weiß sie aus dem Munde eines blaublütigen Wahltschen, wo sozusagen der Hund begraben liegt.

Das Beispiel des hochadeligen Herrn Mensdorff hat auch dem ehemaligen Grafen Dr. Ferdinand Westphalen Mut gemacht. Er hat erkannt, daß unsere ganze Zeit krank ist, und schreibt das ungern wieder, obwohl die Merikalen und das von ihnen vertretene System wohl der gefährlichste Krankheitsherd sind. Bei ihm beginnt die Krankheit aber um hundert Jahre später als bei seinem fürstlichen Kollegen:

„Das Auseinanderstreben, das offene Eintreten zum Zerfall der Gesellschaft, zum Ver-

fall der Kultur ist die Krankheit unserer Zeit.“

Diese Krankheit hatte ihren Ursprung vor Jahrhunderten. Sie begann mit der Leugnung der Autorität auf dem Gebiete des Geisteslebens. Das führte zur Herrschaft der sogenannten reinen Vernunft und dadurch konsequent zur Leugnung der Offenbarung. Da begann die Geisteswissenschaft zu entarten. Sie greift stolz gegen den Himmel, verachtet ihn mit allmächtiger Vernunft herabzusehen, zergliedert und unter das Mikroskop legen zu können. Der Titanenstolz rächt sich.

Hier wird die Autorität praktisch gelugnet. Erst die der Kirche, der Uebermittlerin göttlichen Willens und damit die göttliche Autorität selbst, dann die der Staatsgewalt, dann jegliche Autorität. Jeder ist sich selbst Autorität; und — wenn sich einzelne zum Staate zusammenschließen, tun sie es nur, weil es so angenehmer ist, und richten sich selbst die Befehlsgewalt ein, so daß jeder möglichst viel dazu beiträgt und möglichst wenig davon zu spüren bekommt. Aus dieser, die Gesellschaft naturgemäß zersplittern- den, geistigen Einstellung wurde die französische Revolution geboren und aus dieser der moderne Parlamentarismus. Aus dieser geistigen Einstellung stammt die Gefahr des Zerfalls der Gesellschaft und des Unterganges der Kultur. Kann ein schlechter Baum gute Früchte tragen? Kann der Parlamentarismus und retten? Auch der Parlamentarismus von heute ist seinem Wesen nach Leugnung des Eigenrechtes einer Autorität, somit naturgemäß der Autorität selbst.“

Wilhelm Busch hat es viel einfacher gesagt: „Denn man will auch hier schon wieder nicht so wie die Geisteslichen!“ Mit der Aufklärung, dem Freisinn, dem Fortschritt der Wissenschaft beginnt der ganze Jammer. Seither werden wir die Revolutionen nicht los. Der Herr Graf, der hier ein Täuschen wagt, kommt zu dem ganz einfachen Schluß, daß hinter dem Parlamentarismus keine Idee steht, die ihm Autorität verleiht. Eine „zusammenfügende Idee“ brauchen wir, dann können wir, ausgestattet mit ihrer Autorität, auch eine Diktatur riskieren, die aber die „wahren Lebensvoraussetzungen des Staates wahrnehmen“ muß. Die Idee ist natürlich die Religion und die Diktatur ist mit einem Wort die katholisch-merikale.

# Die Staatsangestelltenvorlage unannehmbar!

### Stellungnahme von 80 000 organisierten Staats- und öffentlichen Angestellten.

Sonntag, den 9. Mai 1. J. fand im Repräsentationshaus in Prag eine Beratung der Vertreter von 80.000 organisierten Staats- und öffentlichen Angestellten, Eisenbahner, Postbediensteten und Lehrer deutscher und tschechischer Volkszugehörigkeit statt, in der zu den Gehaltsentsprechenden Stellung angenommen wurde. Die Konferenz konstatierte einmütig, daß die Regierungsvorläge die wichtigsten, langjährig verbrieften Grundrechte

Es kann nach all dem, nach den gewundenen Erörterungen und Erklärungen, nach dem Aufstreiten abgetasteter Aristokratien, die ihre Stillübungen aus der Jesuitenschule auf geduldigem Zeitungsapapier fortsetzen, nicht zweifelhaft sein, wohin die Merikalen steuern. Es sind aufgelegt faschistische Gedankengänge, die zum Teil wortwörtlich in einem italienisch-faschistischen Blatt stehen könnten. Die Beweisführung zielt darauf ab, die Diktatur als die einzige mögliche Lebensform des bürgerlichen Staates hinzustellen. Allerdings aber muß der Faschismus seine Idee aus der Religion schöpfen und die Diktatur muß eine Diktatur der Pfaffen sein.

Was in aller Welt aber soll dieser Faschismus den deutschen Christlichsozialen? Wir leben in einem Staat, in dem der Faschismus die radikalste Richtung des Chauvinismus der herrschenden Nation darstellt. Wir haben von ihm zunächst eine blutige und grausame Unterdrückung jedes Widerstandes gegen die nationale Fremdherrschaft zu erwarten. Sogar die deutschen Hakenkreuzler lehnen neuerdings den Faschismus in diesem Staate ab, weil sie sehen, daß er nur ein tschechischer Faschismus sein will. Eine deutsche Partei, die für den tschechischen Faschismus wirbt, das scheint auf den ersten Blick unbegreiflich. Es gewinnt erst Wahrscheinlichkeit, wenn man den gewundenen Gedankengängen der Christlichsozialen und ihrer adeligen Berater Schritt für Schritt folgt. Die Merikalen spekulieren wohl darauf, daß in diesem Staat der Faschismus auf nationaler Grundlage nicht gut durchführbar ist, daß er deshalb eine internationale Basis suchen muß und daß die in der Merikalen Partei (nach Westphalen in der Autorität der religiösen Idee) gegeben ist. Ein Merikal-internationaler Faschismus! Nichts einfacher als das, vorausgesetzt, daß alle Betroffenen mit dieser Lösung einverstanden sind!

Die Arbeiterschaft hat allen Anlaß, den Merikalen stärker auf die Finger zu sehen. So lächerlich die Pläne der Christlichsozialen anmuten mögen, sie sind dennoch eine Gefahr, die wir nicht unterschätzen dürfen. Wenn die Arbeiter sich rechtzeitig zur Wehr setzen, dann werden die feudalen Seiltänzer bald ins Reich fallen.

unhaltbar, daß sie die wahre Absicht nur noch deutlicher sichtbar machen. Da wird erzählt, daß es nur ein Strafgericht in Brünn gibt; als ob das irgend etwas mit der Sache zu tun hätte. Oder daß die grumbückerliche Eintragung der Liegenschaften im alten Stadtgebiet bisher beim Brünnner Landesgericht erfolge, die der Liegenschaften in den Vororten aber beim Bezirksgericht Brünn-Umgebung; das sei eine Besonderheit, die man abschaffen müsse. Dieses Argument kann natürlich nur einem Bürokratenhirn entspringen, denn beide Gerichte liegen in einem Hause, so daß irgendwelche Verwicklungen gar nicht vorkommen können. Und daß jemand die beiden Gerichte verwechseln könnte, wie es der Grumbückerbericht anführt, glaubt wohl der Herr Justizminister selbst nicht. Da könnte man ja mit viel mehr Berechtigung einwenden, daß nach der Durchführung dieser mehr als fragwürdigen Reform Verwicklungen, die früher einmal in einem Jahrzehnt ja vorgekommen sein mögen, sich nunmehr häufen werden. Ebenso lächerlich ist die Behauptung, daß auf diese Weise eine Verabsehung der Personal- und Sachkosten erzielt werden könnte; zehn Zeilen später wird nämlich gesagt, daß bei dem neuen Gericht 274.081 Personen ihren Gerichtsstand haben werden. Daß das für ein Bezirksgericht eine Arbeitsleistung bedeutet, die jeden Abbau von vornherein ausschließt, ist wohl ohne weiteres einsehend. Es besteht also zu diesem Gewaltakt nicht der geringste sachliche Grund; die Vorlage dient einzig und allein der Befriedigung eines brutalen Chauvinistischen Vernichtungswillens, der in der Kulturwelt seinesgleichen sucht. Wieder soll durch die Aufpeisung nationalistischer Leidenschaften das Interesse von der reaktionären Zoll- und Steuerpolitik abgelenkt werden.

Die Regierung verlangt, daß das Parlament dieses Gesetz ehestens verabschiede. Dem Verfassungsausschuß wurde eine Frist von acht Tagen zur Berichterstattung eingeräumt. Jedenfalls dürfte die Vorlage in der nächsten Sitzung des Ausschusses, die am 18. stattfindet, zur Verhandlung stehen. Da das Gesetz vor allem die deutschen arbeitenden Menschen in seiner ganzen Schwere trifft, wird unsere parlamentarische Fraktion, wie bisher in ähnlichen Fragen, die Vorlage mit aller Entschiedenheit bekämpfen und dieses neuerliche Attentat auf die Lebensinteressen der deutschen Bevölkerung zu vereiteln suchen.

# Die Verwaltungsbehörden jabolieren die Entscheidungen der Verwaltungsgerichtshöfe.

Es ist in diesem Blatte bereits einmal davon berichtet worden, welche Schwierigkeiten die tschechoslowakische Regierung den österreichischen Optanten bereitet. Nicht genug daran, daß viele tausende Gesuche bis heute unerledigt sind, haben sich die Verwaltungsbehörden ein System zurecht gelegt, das einer Sabotage der im internationalen Übereinkommen garantierten Rechte der Bewohner Ostschlesiens gleichkommt.

Ueber Ostschlesien und den gesamten Komplex der Rechts-, Vermögens- und Staatsbürgerchaftsfragen hat prinzipiell und endgültig die Vereinbarung zu Paris vom 28. Juli 1920 entschieden. Die tschechoslowakische Regierung hat jedoch diese Entscheidung — aus welchen Gründen, ist vielleicht zu durchsichtig — erst am 11. Februar 1925 in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen publiziert. In diesem Übereinkommen ist die Frist zur Abgabe der Optionserklärung mit einem Jahre vom „heutigen“ Tage festgelegt. Das bedeutet, vom Tage der Kundmachung in der tschechoslowakischen Gesetzessammlung. Trotzdem nun haben die Verwaltungsbehörden Optionserklärungen, die nach der Publikation überreicht wurden, als verspätet abgewiesen. Diese Vorgangsweise widerspricht dem klaren Wortlaut des Übereinkommens und den bestehenden Staatsgrundgesetzen.

Nun hat der Oberste Verwaltungsgerichtshof in der schon einmal zitierten Entscheidung vom 27. Jänner 1926 Zl. 1208 rechtskräftig entschieden, daß die Optionsfrist für die Ostschlesier am 11. Februar 1926 endigte und daß die Verweigerung der Kenntnisnahme der Optionserklärungen, wenn sie nur bis zum 11. Februar 1926 erfolgte, aus dem Grunde der verspäteten Abgabe rechtsverletzend und rechtsunwirksam ist. Dessen ungeachtet halten sich die Verwaltungsbehörden nicht an diese eindeutige und klare Mitteilung des Verwaltungsgerichtshofes und sie verweigern trotz der gegebenen materiellen Voraussetzung die Bestätigung der Staatsbürgerschaft. Die Begründung, die sich die Verwaltungsbehörden in diesem Falle zurechtlegen, ist geradezu lächerlich. Sie weisen darauf hin, daß die Einzelpersonen aus diesem internationalen Übereinkommen vom 28. Juli 1920 keinerlei Rechte gegen den einzelnen der vertragsschließenden Teile ableiten können. Von diesem Gesichtspunkte aus wäre das erwähnte Übereinkommen gänzlich illusorisch, weil ja das aus internationalem Rechte fließende Optionsrecht auf diese Weise geradezu negiert würde. Die Option als solche ist nach Völkrecht konstitutiv, und steht jedem einzelnen Optionsberechtigten grundsätzlich zu. Sie bewirkt, wenn die materiellen Voraussetzungen gegeben sind — und das ist das einzige, was die Verwaltungsbehörden zu unter-suchen, respektive festzustellen haben — die sofortige Erwerbung der Staatsbürgerschaft im Momente der Abgabe der Erklärung. Die Bestätigung der Verwaltungsbehörden hat nur deklarative Bedeutung, das heißt, sie stellt die Staatsbürgerschaft des Optanten nur fest.

Nicht genug an dieser Befestigung des gesetzwidrigen Vorgehens der Verwaltungsbehörden

# Ein unerhörtes Attentat.

### Kein tschechische Verhandlungssprache bei den Brünnner Gerichten.

Zu einem geradezu vernichtendem Schläge gegen die vitalsten Interessen der deutschen Bevölkerung, insbesondere der deutschen arbeitenden Bevölkerung Brünns, holt die Regierung aus. Nichts mehr und nichts weniger will sie, als den Deutschen Brünns die Möglichkeit zu nehmen, in ihrer Muttersprache mit den Gerichten zu verkehren. Besonders hart trifft ein solches Attentat die deutschen arbeitenden Menschen, denen es so unmöglich gemacht wird, in deutscher Sprache ihr Recht zu verfolgen. Darum ist diese Frage keine bloß national-kulturelle, vor allem keine nationalistische, sondern sie ist eine Frage des materiellen Rechtes; es geht darum, ob man

### Tausenden deutschen Angestellten und Arbeitern Brünns,

die sich bei ihren Rechtsstreitigkeiten keines Rechtsfreundes bedienen können, ihr primäres Recht auf den Gebrauch ihrer Muttersprache vor den Gerichten

vor uns liegt ein Geschenkwurf, den die Regierung in der vergangenen Woche dem Parlament vorgelegt hat: er ist nur ganz kurz, enthält drei knappe Paragraphen, die die Zivilgerichtsbarkeit in der Landeshauptstadt Brünn regeln“ sollen. Es heißt da, daß die Rayonen der bisher in Brünn bestehenden Zivilgerichte, des Bezirksgerichtes Brünn-Stadt und des Bezirksgerichtes Brünn-Umgebung vereinigt werden. Das Grundbuch wird nunmehr ausschließlich das Landesgericht führen. Das Gesetz tritt einen Monat nach der Kundmachung in Kraft und wird vom Justizminister durchgeführt.

Eine administrative Maßnahme —, werden alle glauben, die die Tüden tschechoslowakischer Gesetzgeber nicht hinreichend kennen; eine rein verwaltungstechnische Angelegenheit, die nur die Interessen des unmittelbar Betroffenen zu berühren vermag —, werden alle jene annehmen, die der lächerlichen Meinung sind, daß in der Tschechoslowakei Gesetze um ihrer selbst willen gemacht werden und nicht, um Staatsbürger — allerdings bloß solche zweiter Klasse — ihrer sprachlichen Rechte brutal zu berauben.

Dieser Geschenkwurf bezweckt nichts anderes, als die deutsche Bevölkerung der Stadt Brünn

um die Möglichkeit der Rechtsverfolgung in deutscher Sprache zu bringen!

Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge beträgt die deutsche Minderheit Brünns 26 Prozent, so daß ihr das Recht auf deutsche Eingaben und Erledigungen, auf deutsche Verhandlungen zusteht. Freilich nur den ungefähr 55.000 deutschen Bewohnern des ehemaligen Stadtgebietes. Mit dem Gesetz vom 16. April 1919 wurden zu diesem neuen Teiler der Stadt ist das deutsche tschechischer Vororte geschlagen, um so durch die Errichtung eines bloß auf dem Papier bestehenden Groß-Brünn, die „besto!“ der Stadt für ewige Zeiten zu sichern. Deutsche Vororte, die näher liegen als manche tschechische, wurden, wo es nur irgend ging, nicht mit Groß-Brünn vereinigt. In diesem neuen Teil der Stadt ist das deutsche Element ganz unbedeutend: es sind an die 3000 Menschen, die nun ihren Gerichtsstand beim Bezirksgericht Brünn-Umgebung haben, bei dem selbstverständlich nicht deutsch amtiert wird.

Durch die beabsichtigte Zusammenlegung der beiden Gerichte wird der Prozentsatz der dem neuen Bezirksgericht unterstehenden Deutschen nurmehr wenige Hundertstel über 20 betragen. Bis zur nächsten Volkszählung ist also die deutsche Verhandlungssprache geschickt. Aber nur bis zur nächsten Volkszählung! Denn es unterliegt keinem Zweifel — die Erfahrungen der letzten sieben Jahre, die Praktiken bei der letzten Volkszählung, beweisen das mit aller Wünschenswerten Klarheit —, daß es den Machthabern ein leichtes sein wird, das nächstmal das Volkszählungsergebnis so zu beeinflussen, daß es

keine 20 Prozent Deutsche in Brünn mehr

geben, und daß damit nahezu 60.000 Menschen, darunter vielen Tausenden, ja Zehntausenden Deutscher und Arbeiter proletarischer Existenz, die Rechtsverfolgung in ihrer Muttersprache

verwehrt werden wird. Es sollen in Brünn dieselben Verhältnisse eingeführt werden, wie sie in Prag herrschen, es soll die größte deutsche Stadt der Republik ihres primärsten Rechtes, des Rechtes des Sprachgebrauches einfach beraubt werden.

Dabei sind die „Gründe“, die die Regierung für diesen Schandentwurf ins Treffen führt, so

muß weiterhin auf den Artikel 1 des Übereinkommens zwischen der tschechoslowakischen und polnischen Republik, erschienen am 29. April in der Gesetzesammlung, hingewiesen werden, worin sich die vertragschließenden Teile verpflichten, in der loyalsten Weise sowohl die Optionserklärungen zur Kenntnis zu nehmen als auch, falls die materiellen Voraussetzungen für die Option nicht gegeben sein sollten, die Ansuchen um die Erteilung der Staatsbürgerschaft zu erledigen. Es bleibt nach diesem letzten Übereinkommen allen denjenigen, die die Optionsfrist bis zum 11. Februar 1926 veräußert haben, noch das Recht innerhalb dreier Monate vom Tage der Veröffentlichung, das ist bis zum 29. Juli 1926, um die Staatsbürgerschaft anzufordern. Es wird Aufgabe sowohl der gesetzgebenden Körperschaften als auch der Verwaltungsbehörden sein, die Verwaltungsbehörden zur Beobachtung sowohl international abgeschlossener Verträge und der aus ihnen resultierenden Rechte als auch der Entscheidungen des Obersten Verwaltungsgerichtshofes zu verhalten.

### Die deutsche Sozialdemokratie für die Zölle!

Der „Vorwärts“ entlarvt uns.

Nicht ganz so groß wie die seinerzeitige Meldung über unsere Auslösung mit der Kirche, immerhin aber ansehnlich genug ist die Sensation, die dem Reichsberger „Vorwärts“ Sonntag zugefallen ist. Er hat entdeckt, daß die deutsche Sozialdemokratie für die Getreidezölle sind! Er hat es schwarz auf weiß in unserem Leitartikel vom Samstag gefunden und zitiert als Beweis die folgende Stelle:

„In der Rede des Ministerpräsidenten ist manches Wort der Besinnung, manches, das bisher nur von den Sozialdemokraten gesagt wurde, wobei sie tauben Ohren predigten. Die tschechisch-deutsche Zollmehrheit war entschlossen, den Raubzug der agrarischen Zollwucherer in vollem Umfange durchzuführen. Sie wird jetzt erkennen müssen, daß alle ihre guten Absichten doch nicht in Erfüllung gehen können.“

Hält man neben diese Zeilen die Rede Cernys, der darauf hinwies, daß die Zölle das Lebensniveau breiterer Schichten der Bevölkerung beeinflussen würden und daß dies in Betracht gezogen werden müsse, daß die Beispiele anderer Staaten berücksichtigt werden müßten, der die Möglichkeit einer Herabsetzung der Zölle gewahrt wissen will und Maßnahmen gegen die Steuererhöhung verlangte, dann wird man den Eindruck haben, daß Cernys Rede ein Versuch war, die agrarischen Forderungen einzuschränken. Von der Beamtenregierung wäre doch nicht einmal das zu erwarten gewesen und es ist als Erfolg des sozialistischen Kampfes gegen die Zölle anzufassen, wenn der Ministerpräsident sich zu Gedankenängsten und Äußerungen bequemt, die sich stark an die Argumente anschließen, die in allen sozialistischen Zeitungen geäußert wurden. Das objektiv festzustellen als eine bei aller Vorsicht, die gegen Cernys zu wahren ist, begrüßenswerte Änderung der Ansichten an leitender Stelle und als einen unzweifelhaften Erfolg unseres Kampfes, war die Aufgabe unseres Artikels. Mehr aus ihm zu lesen, bedeutet eine bewusste Verdrehung, die allerdings in der kommunistischen Presse kein Novum darstellt. In den Augen aller denkenden Arbeiter wird sich der „Vorwärts“ durch solche Methoden nur lächerlich machen. Wie sehr seine Polemik an den Haaren herbeigezogen ist, beweist schon die Tatsache, daß in dem vom kommunistischen Preßbüro ausgehenden Artikel nur gegen die tschechischen Sozialisten polemisiert wird und der „Vorwärts“ ausdrücklich erwähnt, daß diese Notiz durch die Polemik gegen uns ergänzt werden muß. Das erst macht einen Artikel für die Redakteure des „Vorwärts“ zum reinen Glück, daß sie auf die Sozialdemokraten schimpfen können. Und müßten sie die Argumente aus dem Zollhaus beziehen, es geht nicht ohne eine Entlarvung der Sozialdemokraten ab!

### Die Christlichsozialen schließen für die Zölle.

Einige bürgerliche Blätter hatten die Meldung gebracht, daß bei der Abstimmung über die Dringlichkeit des agrarischen Zollantrages im Senat die deutschen Christlichsozialen teils für, teils gegen den Antrag gestimmt hätten. Die betreffenden Berichterstatter hatten sich durch das von uns seinerzeit geschilderte Manöver Hilgenweiners täuschen lassen. Nun veröffentlicht das Christlichsoziale Zentralorgan, die „Deutsche Presse“, folgendes Kommuniqué:

Mit Rücksicht auf die in einer Reihe von Blättern erfolgte irrtümliche Mitteilung, daß bei der Abstimmung über die dringliche Behandlung der Zollvorlage im Senate ein Teil der deutschen Christlichsozialen Senatoren für den Antrag und ein anderer Teil gegen den Antrag gestimmt hätten, sind wir ermächtigt festzustellen, daß sämtliche anwesenden Senatoren der Partei für den Dringlichkeitsantrag gestimmt haben.

Es haben sonach in der Donnerstagsitzung des Senates drei deutsche Parteien geschlossen für die dringliche Behandlung des tschechisch agrarischen Zollantrages gestimmt, nämlich der Bund der Landwirte, die Gewerkepartei und die Christlichsoziale Partei.

Die Merkmalen bilden sich also noch etwas darauf ein, daß sie dem notleidenden Volke die wichtigsten Lebensmittel weiter verlieren wollen. Immerhin beeilen sie sich mit der Feststellung, daß sie nicht allein waren, sondern noch so und so viel

andere deutsche Parteien mitgeholfen haben. Was werden sie aber zu dem bei Herausgabe des „Kommuniqué“ offenbar noch nicht bekannten Selbststück? Die Regierung Cernys sagt, die gerade in dem Augenblick, wo sie auf die Stimmen dieser deutschen Parteien bei der Lösung der Zollfrage rechnen muß die deutsche Bevölkerung durch die beabsichtigte „Regelung des Gerichtswesens in Brünn“ aufs neue brüskiert, durch die Brünn ein sprachig tschechisch werden soll? Die deutschen Agrarier und Merkmalen müssen sich dem Ministerpräsidenten für die Zölle schon mit Haut und Haaren verschrieben haben, sonst würde er sich einen derartigen Faustschlag denn doch nicht erlauben.

Das Klasko der kommunistischen Offensiv gegen Ostböhmen. Die Kommunisten können unter ihre große ostböhmische Aktion einen Strich machen und die Rechnung liquidieren. Der ganze Erfolg ist eine kleine kommunistische Drieckgruppe in Ober-Jungbucht, um deren Mitglieder unsere Jungbucher Genossen die Kommunisten nicht beneiden, da mit derartigen „Klassenkämpfen“, wie sie der Klub um Schenk darstellt, der Sache der Arbeiterschaft kaum geholfen werden könnte. Die Kommunisten hatten gehofft mit Hilfe des Schenk unsere große Jungbucher Organisation zu erobern und so in Ostböhmen festen Fuß zu fassen. Sie holten sich nur die Abfuhr, über die wir schon berichtet haben und Kreibitz kam nicht einmal zu Worte, während Schenk sich mit seinem Geständnis selber verriet. Letzten Samstag veranstalteten unsere Genossen wieder eine österräusche Versammlung, in der Genosse Dr. Franzel-Prag über „Wege zum Sozialismus“ sprach. Die Versammlung war sehr gut besucht, aber nicht ein Kommunist war erschienen. Der Kampfeifer scheint verfliegen zu sein. In der Debatte kam ebenso sehr die Empörung der Jungbucher Arbeiter über den Verrat des Schenk zum Ausdruck wie der feste Wille, über die Sektierer von Ober-Jungbucht zur Tagesordnung überzugehen. Mit großem Beifall wurde die Mitteilung zur Kenntnis genommen, daß am ersten Mai allein der Genosse Erben 36 neue Mitglieder gewonnen hat, also mehr als die Gefolgschaft des Schenk beträgt. Unsere Jungbucher Genossen haben damit allen sozialdemokratischen Arbeitern ein Beispiel entschlossenen Kampfwillens gegeben, das überall dort Nachahmung verdient wo die Kommunisten versuchen, den Keim der Zerstörung in die geschlossenen Organisationen der Arbeiterschaft zu pflanzen.

Der deutschnational-landwirthliche Anwerberkrieg. Am 15. November 1925 wurde ein landwirthliches Plakat in der bekannten Affäre Kreyel-Lodgman angehängt, in welchem der Kassier Wegler in Leitmeritz als Lügner hingestellt wurde. Wegler, hatte Herrn Dr. Lodgman die Mitteilungen bezüglich des Einlagenbuches des Senatsors Kreyels, mit welchem angeblich verbotliche Manipulationen vorgenommen worden waren, gemacht und beim Kreisgericht in Böhmen-Leipa gegen die verantwortlichen Herausgeber des Plakates die Ehrenbeleidigungsklage eingeleitet, über welche am 6. Mai vor einem Schöffensenat beim Kreisgerichte in Böhmen-Leipa die Hauptverhandlung stattfand. Der Bund der Landwirte, bzw. die zur Verantwortung gezogenen Herrn Janausch und der Buchdrucker Bergmann haben es nun vorgezogen, vor der Hauptverhandlung am 29. April 1926 einen Vergleich zu schließen, der vom Kläger angenommen wurde und nach welchem sie eine Erklärung abgaben, in der es heißt: Die für die Veröffentlichung des Plakates verantwortlichen Beschuldigten erklärten, daß dieses Plakat angehängt wurde, ohne daß man sich überzeugt hätte, daß die darin enthaltenen Angaben richtig sind. Da sich nun die Unrichtigkeit dieser Angaben herausgestellt hat, sprechen die beiden Beschuldigten dem Privatkläger ihr tiefstes Bedauern über die ihm angetanen Beleidigungen aus. Der beschuldigte Josef Janausch verpflichtet sich, diese Erklärung in der „Deutschen Landpost“ und in der „Deutschen Landbesitzer“ auf seine Kosten zu veröffentlichen und ist damit einverstanden, daß der Privatkläger diese Erklärung auch in anderen Blättern veröffentlicht. Die Beschuldigten erlegen einen Sühnebetrag zu Gunsten des deutschen Turnervereins in Teubitz. Die Kosten des Privatklägers werden von den Beschuldigten beglichen. — Diese Geschichten sind für die Deutschbürgerlichen ohne Zweifel blamabler als für uns die ungeheuer aufgebaute Affäre in Biela, wo lediglich zwei Propagandisten in der Erbitterung von einzelnen Genossen unsanft behandelt wurden.

Die Gemeindevahlen im Rußischer Gebiet (in Judgersthal und Krawarn) hatten folgendes Ergebnis: In Judgersthal erlangten die tschechischen Parteien gegen das Vorjahr ein Mandat mehr. Auf die einzelnen Parteien entfielen: Deutsche katholische Bauernpartei 196 Stimmen (3 Mandate), Deutsch-Christlichsoziale 596 Stimmen (12 Mandate), deutsche Sozialdemokraten 100 Stimmen (2 Mandate), Kommunisten 150 Stimmen (2 Mandate), tschechische bürgerliche Gruppe 210 Stimmen (4 Mandate), Republikaner 100 St. (2 M.), Nationaldemokraten 30 St. (0 M.), tschechische Sozialdemokraten 162 St. (3 M.), tschechische Volkspartei 117 St. (2 M.). — In Krawarn verloren die tschechischen Parteien gegenüber dem Vorjahr ein Mandat. Die deutsch-christlichsoziale Partei erhielt 24 Mandate, die Partei für das Gemeinwohl (sch. Soz.) erhielt 4 Mandate, tsch. Volkspartei 2 Mandate.

Auslösung der Gemeindevertretung von Fischern. Bei der Politischen Bezirksverwaltung in Karlsbad langte der Bescheid ein, daß die Gemeindevertretung von Fischern aufgelöst ist. Bis zur Wahl einer neuen Gemeindevertretung wird

eine Verwaltungskommission eingesetzt, für die die einzelnen Parteien in den nächsten Tagen Vorschläge zu erstatten haben. Unser Karlsbader Parteibüro bemerkt dazu, daß die Entscheidung nur mittelbar mit dem Kesseltreiben zusammenhängt, das von Vizebürgermeister Heinzl und seinen Männern gegen den Bürgermeister Genosfer Sacher inszeniert wurde. Die Gründe zur Auflösung werden in den Ergebnissen der von unseren Genossen selbst beantragten Revision gefunden. Die Beanständigungen treffen nun keinen einzigen der von Heinzl seinerzeit ins Treffen geführten Gründe, die die von Heinzl behauptete „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ erhellten sollten, sie beziehen sich vielmehr auf so r-

maLe Verstöße, die der ganzen Gemeindevertretung und auch der von Heinzl geführten Finanzkommission zur Last gelegt werden. Was aber die Deutschnationalen unter allen Umständen erreicht haben, das ist die heute bereits feststehende Tatsache, daß in der neuen Verwaltungskommission zumindest ein Tscheche sitzen wird. Das wurde den Vertretern der Gemeinde Fischern und der Bezirksverwaltungscommission mit allem Nachdruck erklärt. So endet also der von den Deutschnationalen inszenierte Kampf gegen die Sozialdemokraten mit der Einschränkung der Gemeindeautonomie, der Ausschaltung der freigeählten Vertreter und der Stärkung des „fremdnationalen“ Einflusses.

## Die Beratungen in Ostende.

### Maßnahmen gegen die Kohlen- und Lebensmittelinuhr nach England.

Ostende, 10. Mai. (Havas.) Der Vollzugsausschuß der Bergarbeiter-Internationale nahm einstimmig eine Resolution Hodges an, in welcher gefordert wird, daß in allen Ländern Maßnahmen behufs Einhaltung der letzten Brüsseler Resolution getroffen werden, die darauf hinauslaufen, jede Kohleneinfuhr nach England zu verhindern. Der Vollzugsausschuß spricht sich in der Resolution neuerdings seine vollkommene Solidarität mit der englischen Arbeiterschaft aus und beglückwünscht sie zu ihrem bisherigen Verhalten während des Streikes, durch welches sie sowohl ihre Entschlossenheit, als auch ihren verfehlten Geist betundet hat. Der Vollzugsausschuß bemerkt, er sei bereit, eventuelle weitere ausgedehnte Maßnahmen für die Unterstützung der Streikenden zu treffen. Am Schlusse der Resolution bringt der Vollzugsausschuß neuerdings die Überzeugung zum Ausdruck, daß in der Bergbauindustrie ein dauernder Friede erst dann ein-

treten werde, wenn eine Kooperation bei der Kontrolle der gesamten internationalen Industrie eingeführt werden wird.

Gleichzeitig mit den Beratungen der Bergarbeiter-Internationale fanden in Ostende auch Beratungen des Internationalen Transportausschusses statt. Derselbe beschl. genau an der Einhaltung der gegenwärtigen Resolution betreffend die Verhinderung des Kohlentransportes aus den europäischen Häfen nach England festzuhalten, und befaßte sich hierauf mit verschiedenen anderen Fragen, z. B. mit der Frage der Verhinderung der Einfuhr von Nahrungsmitteln nach England. Die diesbezügliche Entscheidung wurde den Syndikaten der einzelnen Staaten überlassen, desgleichen jene über die Forderung einer weiteren Resolution, daß den Matrosen aller Länder verboten werde, auf englischen Schiffen zu arbeiten.

## Finanzielle Hilfe des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

In ihrer gemeinsamen Rundgebung mit der tschechoslowakischen Gewerkschaftsbereingung am 4. Mai haben die Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes bereits ihre Solidarität mit dem Kampf der englischen Bergarbeiter, der von der gesamten organisierten Arbeiterschaft Englands geführt wird, ausgedrückt.

Inzwischen hat die Zentralgewerkschaftskommission für die finanzielle Unterstützung dieses wirtschaftlichen Kampfes, der von größter internationaler Bedeutung ist, Vor-

kehrungen getroffen. Alle angeschlossenen Organisationen sind aufgefordert worden, sich an der Unterstützungaktion zu beteiligen.

Eine erste Rate wurde im Wege des Internationalen Gewerkschaftsbundes bereits überwiesen, den die Zentralgewerkschaftskommission gleichzeitig ersuchte, der kämpfenden Arbeiterschaft Englands den solidarischen Gruß der im Deutschen Gewerkschaftsbunde der Tschechoslowakei vereinigten Arbeiter und Angestellten zu übermitteln

## Luthers Rücktritt für heute erwartet.

### Ein Brief des Reichspräsidenten verbleicht die Situation. — Der sozialdemokratische Mißtrauensantrag heute vor dem Plenum.

Berlin, 10. Mai. (Eigenbericht.) Gestern verhandelte der Reichskanzler mit den Regierungsparteien über die Frage, wie der Konflikt in der Flaggentrage aus der Welt geschafft werden könnte. Man einigte sich dahin, daß der Reichspräsident in einem Schreiben an den Kanzler zum Ausdruck bringen sollte, daß die verfassungsmäßigen Reichsfarben nicht angeblasen werden und in einem geeigneteren Zeitpunkt der Versuch unternommen werden solle, den Flaggentrost versöhnlich zu schließen. Die Parteiführer stimmten zu und waren heute nachmittags einmütig überabstimm, als sie den Wortlaut des Briefes kennen lernten; der ursprüngliche Entwurf war nämlich in einigen Punkten abgeändert worden. Man hatte Abschwächungen vorgenommen, die dazu dienen sollten, jeden Anstoß bei der Rechten zu vermeiden.

Als Luther heute mittags die Führer der vier Koalitionsparteien empfing, legten sie ihm nahe, noch vor der Reichsversammlung am Dienstag freiwillig seinen Rücktritt zu erklären. In der sofort darauf einberufenen Kabinettsitzung beschloß die Regierung, sich hinsichtlich des eventuellen Rücktrittes mit dem Reichskanzler solidarisch zu erklären.

Nach der Kabinettsitzung empfing der Reichskanzler die Führer der Deutschnationalen und un-

mittelbar darauf die der Sozialdemokraten, um mit ihnen die parlamentarische Situation zu besprechen. Indessen tagte im Reichstag der Parteivorstand der Demokraten und der Reichsausschuß des Zentrums. Wie es heißt, ist die überwiegende Mehrheit im Zentrum dafür, nach dem Schreiben des Reichspräsidenten zur Flaggentrage den Mißtrauensantrag der Sozialdemokraten abzulehnen, jedoch in einer Erklärung den Standpunkt der Fraktion dahin zu präzisieren, daß sie die Aktion der Regierung in der Flaggentrage nicht billigen könne. Im demokratischen Parteivorstand war die überwiegende Meinung dahingehend, daß dem sozialdemokratischen Mißtrauensantrag zugestimmt werden müsse.

Man hörte später, daß neue Beschlüsse nicht gefaßt worden seien. Die bürgerlichen Parteien würden angeblich ihre weitere Stellungnahme von der Reichstagsrede abhängig machen, mit der morgen die sozialdemokratische Interpellation in der Flaggentrage einbegleitet werden wird. Für 10 Uhr wurde ein neuer Kabinettsrat anberaumt. Nach Abschluß der Beratungen der Demokraten und des Zentrums soll noch eine interfraktionelle Besprechung stattfinden und nachher noch eine Aussprache mit dem Reichskanzler, so daß die Entscheidung noch im Laufe der Nacht fallen dürfte.

## Den Nordpol überflogen.

Nach den Meldungen der „New York Times“ hat der amerikanische Konkrete Amundsen, der Fliegerlieutenant Kommandeur Byrd, der Montag nachts um 1.50 Uhr Greenwicher Zeit Kingsbay mit einem Fokkerflugzeug verlassen hatte, Montag den Nordpol erreicht und ist um 4.20 nachmittags wohlbehalten in Kingsbay eingetroffen, wo er von der Gesamtbewohner, sowie von Amundsen und der Besatzung des Luftschiffes „Norge“ begrüßt wurde. Das Blatt meldet dazu, daß Kommandeur Byrd und sein Pilot Lloyd Bennet auf ihrem Fokkerapparat mehrmals den Nordpol umkreisten, um die Möglichkeit der Beachtung von Behauptungen festzustellen. Während der Fahrt herrschte schönstes Sonnenwetter, die Luft war nebelfrei. Byrd berichtete, daß der Flugzeug senkte, während sein Mechaniker andauernd Benzin nachfüllte. Ungefähr 60 Meilen vor dem Nordpol wurde plötzlich einer der drei Motoren schadhast, sodas Bennet unverzügliche Landung vorschlug. Byrd war dazu nicht zu bewegen, trotzdem die Landung möglich gewesen wäre. Später begann der Motor überraschender Weise zu arbeiten, Byrd, der auf dem Hintwege nach dem Nord-

pol auf geradem Wege über die Amsterdamsinsel und Neufriesland geflogen ist, flog nicht nur auf demselben Wege zurück, um sicher zu sein, wieder nach Spitzbergen zu kommen. Er entdeckte am Pol keine Lebewesen, auch keine Spur von Eisbären. Byrd ließ über dem Pol die amerikanische Flagge fallen. Er brachte Photographien mit, die beweisen, daß Landungsmöglichkeiten bestehen, was im Gegensatz zu den bisherigen Ansichten von Amundsen und Ellsworth steht. Das Flugzeug, das Byrd benutzte, ist eine Fokkermaschine neuester Konstruktion.

Berlin, 10. Mai. Ueber den Nordpolflug Byrds meldet die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: Kommandant Byrd ist erst mit seinem großen Fokker-Eindecker aufgestiegen, nachdem ein kleinerer Curtiss-Apparat von einer Explosion gute Nachrichten über die Witterungsverhältnisse heimgebracht hatte. Byd und sein Pilot brachen von Kingsbay um 1.30 nachts auf. In der 8. Morgenstunde stellten sie aufgrund ihrer Meßinstrumente einwandfrei fest, daß sie sich am Nordpol befanden.

# Kreis-Arbeiterfest und „Roter Tag“.

## Eine unerhörte Herausforderung der Arbeiterturner und Sportler des 5. Kreises durch die kommunistische Partei. — Ein frecher Eingriff in die Autonomie des Turnverbandes.

Vor einigen Wochen übermittelte uns die kommunistische Kreisleitung Auftrag der kommunistischen Partei ein Schreiben, worn sie uns zur Teilnahme an ihrem „Roten Tag“ ersuchte. Der 5. Kreis lehnte die Teilnahme ab. Maßgebend hierfür war das Verhalten der kommunistisch geführten Vereine dem Kreis-Arbeiterfest gegenüber.

Die Abgabe wurde nun in der „Internationale“ unter dem Motto „Ein Schlag gegen die Einheit“, als eine Provokation der kommunistischen Turnerschaft hingestellt.

Nun ereignet sich ein Vorfall, der in der Geschichte der Arbeiterbewegung wohl einzig dasteht, der — gelinde gesagt — eine Unerschrockenheit ist, wie sie eben nur das Milieu der kommunistischen Zerstörungspolitik zuläßt. Die kommunistische Kreisleitung Aufsig versendet Rundschreiben an die Arbeiterturnvereine des 5. Kreises, worin diese aufgefordert werden, ihre Kreisleitung zu zwingen, den ablehnenden Standpunkt aufzugeben und der kommunistischen Aufforderung Gehorsam zu leisten, das heißt, am „Roten Tag“ teilzunehmen.

Schon anlässlich der diesjährigen Maifeier wurde unser 1. Turnbezirk durch die „Internationale“ zur Beteiligung an der kommunistischen Demonstration aufgefordert, obwohl hierzu die kommunistische Partei kein Recht hatte. Und nun fordert dieselbe Partei die Turnerschaft neuerlich auf, der 5. Turnkreisleitung keine Disziplin zu wahren, dafür aber der kommunistischen Partei. Dieser Akt ist ein unerhörter Eingriff in die autonome Rechte einer Organisation, den die Turner- und Sportlerschaft unter keinen Umständen duldet.

Eine am Sonntag, den 9. Mai in Teplitz tagende Kreisturnratssitzung, an der außer den Leitern der verschiedenen Sparten, die Vertreter aller Bezirke teilnahmen, folgte folgenden Be-

schluss, der ohne Gegenstimme angenommen wurde:

„Die Leitung des 5. Kreises verweigert sich auf das entschiedenste gegen die Eingriffe der kommunistischen Parteiorganisation in seine autonomen Rechte. Zugleich wird festgestellt, daß in den Rundschreiben Unwahrheiten enthalten sind, mit denen sich die Turnerschaft nicht identifiziert. Die durch das kommunistische Rundschreiben angedrohte Zerreißung der Disziplin ist ein Verstoß gegen unsere Verbandsbeschlüsse und Statuten und die Kreisleitung wird gegen alle, die sich hinter die Weirauch und Jousaly stellen, den Sühnen gemäß vorgehen. Die Kreisturnwartssitzung befürwortet den ablehnenden Standpunkt der Kreisleitung die Teilnahme des „Roten Tages“ betreffend.“

Damit haben die Kommunisten das erreicht, was sie anstrebten. Ein billiges Argument, das natürlich bei ihren Anbetern völligen Glauben findet wird. Rechenschaft haben ja die kommunistischen Funktionäre niemandem zu geben. Ein beliebtes Schlagwort ist ihnen dabei abhandeln gekommen, denn nun haben nicht die Erklärer entschieden, sondern die Vertreter aller Bezirke.

Allen Genossen und Genossinnen möge diese beispiellose Vorgangsweise eine Lehre sein, wie ernst die Einheitsparole der Kommunisten zu werten sind. Den Kommunisten blieb es vorbehalten, dem Kreis-Arbeiterfest den rechten politischen Anstrich zu geben. Für uns alle muß aber dieses Ereignis der Anlaß sein, jetzt erst recht für die Teilnahme zu agitieren, damit zu Pfingsten in Teplitz-Schönau das Kreis-Arbeiterfest nicht nur eine wichtige Manifestation des Körperkultur treibenden Proletariats werde, sondern daß die Heerschau der nordwestböhmisches Arbeitererschaft zugleich auch eine machtvolle riesige Rundgebung für die Idee des Sozialismus sein muß.

Die Kreisleitung des V. Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportverband.

verleht wurden. Ungefähr hundert andere Personen trugen Verwundungen davon und wurden in den Apotheken und Krankenhäusern behandelt. Im ganzen wurden 221 Personen verhaftet, von denen 31 in Haft behalten wurden und vor Gericht gestellt werden.

Die Linkspresse erblickt die Schuld in dem Verhalten der nationalen und royalistischen Organisationen, welche die Weisungen und Anordnungen der Regierung nicht respektiert und absichtlich provoziert haben. Die Linkblätter heben demgegenüber hervor, daß die Arbeiterschaft, auch die kommunistische, am 1. Mai sich musterhaft verhalten hat.

## Verhören von Raba der Witwifferscha t beschuldigt.

Die Verhandlungen im Budapestter Fälscherprozeß.

Budapest, 10. Mai. Heute kurz vor 10 Uhr wurde die Hauptverhandlung gegen die Frankfälscher fortgesetzt und zunächst der Sekretär des Prinzen Windischgrätz,

### Desiderius Raba,

einvernommen. Raba bekennt sich nicht schuldig; er habe alles nur auf Befehl getan. Windischgrätz habe die Frankfälschungen nicht inspiriert, sondern nur finanziert. Die Urheber der Fälschungen seien in viel höheren Kreisen zu suchen. Auf Drängen des Vorsitzenden erklärt er, daß Windischgrätz seine Bedenken mit dem Hinweis beschwichtigt habe, daß auch Graf Teleki, der frühere Ministerpräsident, teilnehme, und Teleki habe sich wieder beteiligt, weil sich auch der Ministerpräsident Graf Bethlen der Sache angegeschlossen habe. Der letzte Endes der Urheber war, wisse er überhaupt nicht. Er, Raba, habe aus allem den Eindruck gewinnen müssen, daß es sich um eine ernste patriotische Tat handle, hinter der die ganze Regierung stehe.

Die ersten falschen Franknoten habe er in der Wohnung des Feldbischofs Jadravec gesehen. Raba sei auch im Sommer 1925 in Paris gewesen, wo er mit Jankovich die Möglichkeiten der Blacierung der Passivitate studiert habe.

Als der Brief Bethlens an Perenyi bekannt wurde, habe sich Windischgrätz geäußert, er begreife nicht, weshalb Bethlen Schwierigkeiten mache. Bisher sei alles in Ordnung gewesen und nun entstünden Komplikationen. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärte der Angeklagte Windischgrätz haben den Brief Bethlens bloß als Formalität bezeichnet, da der Ministerpräsident die Sache schweigend dulde.

Rabosch bestreitet die Wichtigkeit der Angaben Rabos und erklärt, außer ihm hätte niemand von der Regierung von den Fälschungen gewußt. Windischgrätz erklärte, er übernehme die Verantwortung für alle Handlungen seines Sekretärs, der nur auf seinen Befehl gehandelt habe.

Die Verhandlung wird morgen fortgesetzt.

## Die Umbildung des Völkerrundrates.

### Der Prüfungsausschuß nimmt seine Tätigkeit auf.

Genf, 10. Mai. Der Prüfungsausschuß für die Zusammenlegung des Völkerrundrates hat heute vormittags in geschlossener Sitzung unter Vorsitz des Bundesrates Motta, der zum Präsidenten gewählt wurde, seine Arbeiten aufgenommen. In der anschließenden öffentlichen Sitzung gab zunächst Lord Robert Cecil ein Exposé über die Fragen bezüglich der Umbildung des Völkerrundrates. Er entwickelte sodann ein Arbeitsprogramm für den Ausschuß, das folgende fünf Punkte umfassen soll:

1. Die Dauer der Mandate der nichtständigen Ratsmitglieder.
2. Die Prüfung der Frage, ob die nichtständigen Ratsmitglieder alle zusammen oder allmählich aus dem Rat scheiden sollen.
3. Untersuchungen darüber, ob die nichtständigen Ratsmitglieder nach einer Art Proporzsystem oder nach geographischen Gesichtspunkten gewählt werden sollen.
4. Sofortige Wiederwählbarkeit der nichtständigen Ratsmitglieder oder Turnus.
5. Die Zahl der nichtständigen Ratsmitglieder.

## Rundfunk für Alle!

Die dieswöchentliche deutsche Arbeiter sendung mußte wegen der Uebertragung des „Dalibor“ aus dem tschechischen Nationaltheater am Mittwoch auf Donnerstag verschoben werden.

### Programm für morgen, Mittwoch.

Brag, 11.30, 12, 14, 18.15, 22: Nachrichten; 16.30: Konzert; 19: Uebertragung aus dem Nationaltheater in Prag: Zur Erinnerung an den To-destag Friedrich Smetanas „Dalibor“. — Brunn, 14.30, 18: Nachrichten; 19: Orchesterkonzert; 20: Eine Stunde lustiger Lieder und Regatten. — Wien, 16.15: Konzert; 18.25: Vortragsschluss: Die Luftfahrt; 19: Musikflug; 20: Oper „Der Corregidor“ in 4 Akten, Musik von Hugo Wolf. — Berlin, 15.30: Jugendbühne. Die Funkeprinzessin erzählt; 17: Konzert; 18.50: „Abhängung und Gewöhnung“; 20.30: Heitere Dialoge und Duette. — Leipzig, 19.30: Carl Hauptmann, der Dichter und Mensch; 20.15: Regitation und Wieder.

## Tages-Neuigkeiten.

### Mai.

„Vonarel Dnyel Macha“.

Leidendes Menschenkind! Der Mai ist erschienen! Warum deckst Blässe dir noch das Gesicht? Auf in die freie Natur! Goldenes Sonnenlicht! Rosige Wangen schaffst es und friedliche Mienen!

In die Sonne ich eile. Ueber blühende Auen sendet im Westen sie ihre strahlende Garbe; Tanzt mein Antlitz in purpurne Farbe Wie mit jungen Rosen geschmückt, ist es zu schauen.

Hingekunten im Staub, streck ich zur Sonne die Hände, Waldesgeflüster und Nachtigallsschlagen Meine seufzende Sehnsucht empor sie ihr tragen.

Glaube für mich gekommen der Qualen ein Ende! Untergeht die Sonne. Das Dunkel steigt nieder. Blässe wie vorher bedeckt mein Antlitz jetzt wieder. (Uebersetzt von J. Reismann.)

\*) Karel Dnyel Macha, geb. 1810, tschechischer Romantiker, starb bereits im frühen Alter von 26 Jahren.

Schwere Erkrankung des Abg. Genossen Hillebrand. Auf mehrfach an uns geangene Anfragen teilen wir mit, daß in dem Besinden des seit längerer Zeit erkrankten Genossen Hillebrand leider eine Verschlimmerung eingetreten ist. Der Zustand des Erkrankten ist andauernd ernst.

Die Christlichsozialen rühmen sich ihrer Schande. Wenn wir anlässlich der Schuldproklamationen und des Lehrerabbaues unser subalternes deutsches Bürgertum an die Zeiten erinnern, da die Christlichsozialen und Deutschnationalen die Drofflung des deutschen Schulwesens noch selbst besorgten, wollten die Herren, die sich heute als große Schul- und Lehrerfreunde gebärden, ihre Schande nicht wahrhaben. So oft wir die Mitschuld der Bürgerlichen an den schlechten Schulgeschehen, das böse Beispiel, das sie jedem folgenden Regime gaben, anprangerten, leugneten die Herren ihre früheren Schandtaten ab. Die österreichischen Christlichsozialen, die den Schulkampf von ehemals, nämlich den Kampf gegen die Schule, wader und beharrlich weiterführen, legen sich weniger Zwang auf und machen aus ihrem Herzen keine Mördergrube. In dem Abendblatt des Wiener christlichsozialen Hauptblattes, den übelbeseudeten „Wiener Stimmen“, fand sich dieser Tage eine Karikatur, die — rein technisch erbärmlich, wie alle dort erscheinenden Karikaturen — den Genossen Glöckel darstellt, wie er den Hochschulen mit Reformen droht. Darunter stand, von dem Pfaffenblatt dem Genossen Glöckel in den Mund gelegt:

Daß der Umsturz einen großen Fortschritt bedeutet, sehe ich am besten an mir. Früher hat man mich nicht einmal als Unterlehrer gelten lassen wollen, jetzt aber darf ich den Beruf zu einem Reformator der Hochschulen in mir fühlen.

Das kerisale Tinterl, dessen Hirn die Worte entstammen, wird sich jedenfalls der Ironie nicht bewußt, die darin liegt, daß die Kerisalen damit ja tatsächlich den großen Fortschritt nennen, den der Umsturz in Oesterreich gebracht hat: daß dort, wo früher Pfaffen und Barrerksklosterleute entschieden, heute moderne Menschen, Sozialisten und ehemals verfolgte Schulmänner an der Spitze des Unterrichtswesens stehen und daß man bald die kerisalen Schädlinge aus ihren letzten Domänen hinauspeitschen wird. Noch weniger empfindet der kerisale „Wühler“ die Schmach, die ihn brennen müßte, wenn er davon spricht, daß man Glöckel nicht hat „gellen lassen wollen“. Man hat diesem Willen sogar den nötigen Nachdruck verliehen! Man hat Glöckel und eine Reihe anderer Lehrer, so unseren Genossen Ratschinka, ihrer sozialdemokratischen Gesinnung wegen diszipliniert und brutal um ihr Brot gebracht. Daß sich die Pfaffenknechte dessen noch rühmen, kann uns nur recht sein. Wir werden um so eher ihrem dunklen Handwerk ein Ende machen und die Schule von ihnen säubern können.

Schwere Katastrophe in einem Ruhr-Stahlwerk. Auf der Hütte Phönix ereignete sich Montag Vormittag ein schweres Unglück durch den Einsturz einer Halle im Stahlwerk. Bis jetzt wurden drei Tote geborgen und über zehn Schwerverwundete. Unter den Trümmern der Halle liegen noch etwa zwanzig Verunglückte, so daß zu befürchten ist, daß die Zahl der Toten sich noch erhöhen wird. Die Ursache des Einsturzes ist noch nicht ermittelt.

Das Wanderungsproblem und die Arbeiterklasse. Unter diesem Titel erscheint (eben der 1. Teil des Berichtes für den von der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und dem Internationalen Gewerkschaftsbund gemeinsam organisierten Weltwanderungskongress. Der statistische Band, der 238 Seiten umfaßt, ist von Gen. Brown, dem Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes redigiert. Er beginnt mit einer Uebersicht der allgemeinen Lage und der wichtigsten Faktoren des Weltwanderungswesens. Daran schließt sich eine Darstellung des Problems, wie es sich in den einzelnen Ländern stellt, wobei in vielen Fällen eine historische Darstellung die Beurteilung gewisser geschichtlicher Faktoren, die auch bei der jetzigen Lage eine Rolle spielen, erleichtert. Das Buch wird in engeltätiger Fassung (Index usw.) nach dem Kongress erscheinen und durch den Buchhandel bezügbar sein.

# Ein neues Kurheim für Krankentassenmitglieder in Karlsbad.

### Die feierliche Eröffnung am Samstag.

Als ein ganz hervorragender Beifaktor kommen seit Jahrhunderten die Quellen in den westböhmisches Kurorten in Betracht. Aus allen Teilen der Welt kommen in immer steigender Zahl Kranke nach Karlsbad, Marienbad und Franzensbad um hier unter erfahrener ärztlicher Anleitung und bei entsprechender Lebensweise durch eine Trint- und Baderkur Befundung zu finden. Aber bis vor wenigen Jahren noch war ein Kuraufenthalt in den Bädern ein Privileg der Reichen und die für Minderbemittelte geradezu unerschwinglichen Kosten eines Kuraufenthaltes bildeten einen fast unübersteiglichen Fall, der die breiten Massen fast unübersteiglichen Wall, der die breiten Massen spendet, fernhielt.

Erst in der letzten Zeit ist das anders geworden. Seit auch die Krankentassen, in großen, leistungs-fähigen Verbänden vereinigt, ihren Mitgliedern die Wohlthaten eines Baderbades möglich machen und damit den Weg zu den Quellen jenen öffnen, die in allererster Reihe ein Recht darauf haben, sich an ihnen zu laben, jene Menschen deren einziges und lohnbares Gut ihre Gesundheit ist, ihre Arbeitskraft, deren Erhaltung und Wiederherstellung im Interesse der Allgemeinheit liegt. Auf diesem Wege ist wieder ein Schritt nach vorwärts getan worden mit der Eröffnung des Karlsbader Kurheims des Reichsverbandes deutscher Krankentassen.

In einem feierlichen Gang im Teplitz, von dem der Ausblick über die berühmten Karlsbader Kaffeegärten, über frische grüne Wälder schweift, liegt die ehemalige Villa „Bany“, die vom Reichsverband deutscher Krankentassen erworben und für die Aufnahme Kranker und Kurbedürftiger Kranken eingerichtet wurde. Mit einer einfachen, würdigen Feier wurde das neue Heim am Samstag der Bestimmung übergeben und die ersten Gäste haben bereits ihren Einzug gehalten.

Im Namen des Reichsverbandes eröffnete Genosse Sackenberg die Feier, bei der er für

den durch Amtsgeschäfte verhinderten Minister für soziale Fürsorge den Sektionschef des Fürsorgeministeriums Dr. Lukasch, ferner den gewesenen Fürsorgeminister Dr. Winter, den Vorsitzenden des tschechischen Kassenverbandes Abgeordneten Johanis, den Obmann der ersten Prager Krankentassen Kollisch, für die Zentragerwerkschaftskommission Genossen Palme, für die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei und den Klub der Abgeordneten Genossen Dr. Czoch, den Vorsitzenden der Bezirksverwaltungskommission Abgeordneten Genossen de Witte, für die Redaktion des „Volkswille“ Genossen Horz, die Vertreter der Stadt Karlsbad Stadträte Genossen Dr. Simon, Rohl und Herrn Eberl, dann für den Verband der öffentlichen Angestellten Genossen Dr. Sahn und Arzt Dr. Zentner und den Vertreter der politischen Bezirksverwaltung Oberassistent Dr. Dobilich sowie eine Reihe von Kassenvertretern begrüßte. Sackenberg schilderte in seiner Ansprache die Entwicklung des Krankenversicherungswesens und die Wandlungen in ihren Aufstellungen über das Wesen der Krankentassen, die aus Einrichtungen zur Auszahlung von Krankengeldern zu Institutionen wurden, die es als ihre wichtigste Aufgabe betrachten, vorwiegend und heilend zu wirken. Die Erwerbung dieses Hauses bedeutet einen wichtigen Abschnitt in der Geschichte des Verbandes. Gerade auf dem Gebiete der Heilpflege ist ein bedeutendes Stück Arbeit zu leisten, das aber vollbracht werden wird, wenn alle zur Förderung berufenen Kreise heilend eingreifen. Sektionschef Dr. Lukasch begrüßte den Verband zu dem Gelingen des Werkes und verwies in dem Zusammenhang auf die Aufgaben, die der Sozialversicherung zugeordnet sind. Es sprachen dann noch Abgeordnete Johanis und Dr. Simon, worauf mit einem Rundgang durch das Haus die Feier beendet wurde. Die Einrichtung fanden den allgemeinen Beifall der Gäste.

## Ein stürmischer Nationalfeiertag in Paris.

### Rechtsradikale Ausschreitungen. — Ernste Zusammenstöße mit der Polizei.

Paris, 9. Mai. Der heutige Nationalfeiertag Jeanne d'Arc war in Paris ein stürmischer Tag. Die Veranstaltung hiezu gaben Manifestationen der Royalisten und der patriotischen Jugend, die trotz des Verbotes des Ministeriums des Innern Umzüge veranstalteten, wobei es zu Zusammenstößen kam.

Die offizielle Feier, welche mit einer Truppschau abgeschlossen wurde, war kurz und verließ ruhig. Bald darauf sammelten sich die einzelnen Delegierten der katholischen und vaterländischen Vereine beim Denkmal. Die Gruppen wuchsen zu einem mächtigen Zuge an, der sich trotz des

Polizeiverbotes den Weg durch die Straßen bahnte. Zum ersten größeren Zusammenstoß kam es am Place des heiligen Augustin, wo auf die Aufforderung der Polizei, der Zug möge die Fahne einziehen, ein Priester antwortete: „Hier befehle ich.“ Er wurde verhaftet und die Manifestanten wurden von der Polizei zerstreut.

Ein größerer Zusammenstoß ereignete sich auch um 11 Uhr in der Nähe der Tuilerien, als sich ein Zug von Anhängern der royalistischen Bewegung „Action Francaise“ unter Führung Leon Daudets und Charles Maurac zum Denkmal der Heiligen in der Rivolistraße begab. Von der anderen Seite zog eine tausendköpfige Menge der patriotischen Jugend mit erhobenen Stöcken, Polizei zu Fuß und zu Pferde schritt ein; doch gelang es ihr nicht, den Zug zum Stehen zu bringen. Es kam zu einem heftigen Zusammenstoß, wobei 30 Polizisten, darunter einige schwer

**Die Pfarrer und die Fruchtbarkeitsregel.** In dem kürzlich stattgefundenen Prozeß des Pfarrers Hofbauer in Klein-Höflein gegen die „Arbeiter-Zeitung“ wurde festgestellt, daß der Pfarrer in einem Vortrag die Frauen für den empfohlenen reichen „Kinderfegen“ mit dem Spruch löstete: „Gibt der Herr das Haserl, so gibt er auch das Graserl.“ Dazu macht die „Arbeiter-Zeitung“ auf ein Gedicht von S. Frauengrubner aufmerksam, das da lautet:

**A g'schlt's Sprüch'l.**

Dem Schustermichl, arm als wie a Kirchenmaud,  
Dem schneib't's die Kinder nur a so ins Haus.  
Raum dar d's Jüngste aus der Wag'n,  
Muß gar sel Weib jetzt a no Zwilling kriag'n.  
Der Pfarrer, dem er z'nächst sei Not hat klagt,  
Dat freundlich tröstend zu cahm g'logt:  
„Drum tröst' a du di, lieber Mann!  
Besichert der Herr das Haserl,  
So gibt er ent a 's Graserl.“

Da fragt si hintern Ohr der Michl  
Und moant: „Dös is wohl g'schlt, dös Sprüch'l —  
Denn 's ging a eh no all's zum Rechten,  
Wann d' Frauen Gras nur fressen  
müchten.“

Es wäre dazu noch mehr zu sagen; vor allem über die Annahme, daß die Herren, die keinerlei Sorge um eigene Kinder haben, den andern, die ihre Kinder selbst erhalten müssen, Vorschriften machen möchten, ob und wieviel sie in die Welt setzen sollen. Wie lange werden sich die Ehemänner und Frauen diese unglaubliche Einmischung eines fremden Mannes in ihre Ehe gefallen lassen?

**Vertretertag der Deutschen Landeskommission.** Am 15. Mai l. J. versammelten sich die Teilnehmer am Vertretertag der Deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Reichenberg, um Beratungen zu pflegen. Die Deutsche Landeskommission umfaßt in ihrer Arbeit alle Zweige der Fürsorge für das Kind, u. zw. schon vom Zeitpunkt der Geburt bis zum Eintritt des Jugendlichen in einen selbständigen Beruf. Sie leistet also nicht Teilarbeit nach irgend einer Richtung hin, sondern umfassende Arbeit für alle Zweige, welche das Wohl der Jugend betreffen. Die immer regere Arbeit kann aber nur dann zum allgemeinen und dauernden Erfolge führen, wenn das Volk den Wert und die Notwendigkeit dieser Schutzarbeit richtig erkennt und einschätzt. Gleichzeitig mit dem Vertretertag wird ein „Deutscher Frauentag“ abgehalten.

**Der neue Fahrplan im Bereiche der Staatsbahndirektion Prag.** Der neue Fahrplan tritt am 15. Mai 1926 in Kraft und bringt für den Bereich der Staatsbahndirektion Prag folgende Änderungen mit sich: a) Schnellzüge: Bei den Schnellzügen 5152 Prag-Teischn wird der Kurzstrecken Teischn-Prag-Wien nur in der Strecke Prag-Teischn geführt werden. Wie im Vorjahre wird während der Badesaison noch der Schnellzug geführt werden: 6768 Karlsbad-Berlin. Die Bergungsschnellzüge 183/184 Prag-Maf.-Vhf.-Vodenbach werden Sonntags vom 1. 6. bis 15. 9. außer am 4. 7. verkehren; Zug 183 um 1 Stunde 25 Min. früher gelegt, damit er in Vodenbach den Anschluß an die Dampfer nach Herrnskřístien erreicht. — b) Personenzüge: Strecke Prag-Vodenbach. Statt des bisherigen Zuges 1709 (Vodenbach ab 17.45, Vodenbach an 19.22) wird Zug 1707 (Vodenbach ab 17.25, Vodenbach an 18.50) täglich verkehren. Zug 702 Vodenbach ab 2.30, Prag-Maf.-Vhf. an 7.00, wurde um 30 Minuten früher gelegt. Zug 1712 Vodenbach ab 22.43, Vodenbach an 0.12, wartet in Vodenbach den Anschluß aus Dresden ab und fährt deshalb um eine Stunde später. Strecke Prag-Teischn. Der bisherige Zug 2017 wurde bis Teischn verlängert und fährt ab Zug 711 von Teischn nach Teischn täglich, Vözet ab 6.15, Teischn an 8.53. In Verbindung mit dem Zuge 1101 Prag-Maf.-Vhf. ab 4.53, Vözet täglich 6.07, wurde dadurch die erwünschte Frühverbindung von Prag nach Teischn erzielt. Zug 2010 wird nun in der ganzen Strecke Teischn-Vözet täglich geführt werden. Teischn ab 18.09, Vözet an 20.59, und erreicht in Vözet den Anschluß sowohl nach Prag, als auch nach Turnau. Zug 2008 wurde um 30 Minuten später gelegt, Teischn ab 16.37, Prag-Denišbhf. an 21.05.

**Sind die landwirtschaftlichen Krankentassen nur eine Angelegenheit der Agrarier?**

Eine Frage an die Behörden.

Die tschechoslowakischen Behörden scheinen bereits die deutschen Agrarier als einen Bestandteil der Regierungsmehrheit zu betrachten. Ein Beweis dafür ist ein Vorfall, der uns aus Brüx gemeldet wird. Der Verband der Land- und Forstarbeiter in Brüx erhielt nämlich ein Schreiben des landwirtschaftlichen Bezirksverbandes mit dem Ziel in Brüx, worin der Verband aufgefordert wird, einen Vertreter in den zu bildenden vorbereitenden Ausschuss zur Errichtung der Bezirkssozialversicherungsanstalt zu nennen. Dabei werden eine Reihe von Bedingungen zur Voraussetzung gemacht: der Vertreter muß land- oder forstwirtschaftlicher Arbeiter, im Bezirke Brüx, Oberleutenau oder Ratharaberg beschäftigt und in einem dieser Bezirke derzeit versicherungspflichtig sein. Es scheint also, daß die politische Behörde einer bestimmten Richtung der Interessenten, nämlich den deutschen Agrariern die ganze vorbereitende Arbeit für die landwirtschaftliche Krankentasse überläßt, während die Organisationen der

Arbeiter vollständig ignoriert und mißachtet werden. Es muß an die Regierung die Anfrage gestellt werden, auf Grund welchen Erlasses und auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmung der landwirtschaftliche Bezirksverband Brüx sich als vorbereitender Ausschuss zur Errichtung der Bezirkssozialversicherungsanstalt konstituiert hat? Hat die politische Bezirksverwaltung in Brüx auf Grund eigenen Ermessens gehandelt oder ist sie einem Auftrag der Regierung nachgekommen? In diese Frage muß unbedingt Klarheit gebracht werden, denn es geht nicht an, daß die Regierung von vorn herein an die deutschen Agrarier die landwirtschaftlichen Krankentassen verschachert. Die landwirtschaftlichen Krankentassen müssen den Interessen jener dienen, für die sie bestimmt sind, nämlich den landwirtschaftlichen Arbeitern und diese müssen auch den entscheidenden Einfluß haben. Nur so können die landwirtschaftlichen Krankentassen für die landwirtschaftlichen Arbeiter etwas leisten.

**Strohenausstellung.** Der böhmische Landesverwaltungsausschuss veranstaltet im Rahmen der landwirtschaftlichen Ausstellung in Prag (Ausstellungsgebäude) vom 12. bis 18. Mai 1926 die erste die erste Strohenausstellung. — Der deutsche Vortrag im Rundfunk über „Unsere Bezirksstraßen“ findet heute, Dienstag, um 6 Uhr nachmittags statt. Vortragender: Landesrat Dr. Treusch-Buntlar.

**Sexualleben und Strafvollzug.** Erich Mühsam, der bekanntlich fünf Jahre bayerische Festungshaft abzubüßen hatte, hielt im Berliner Sexualwissenschaftlichen Institut einen Vortrag über „Sexualleben und Strafvollzug.“ Er wies darauf hin, daß er sich schon vor langen Jahren mit dem Thema befaßt habe und nun, als er praktische Erfahrungen zu machen in der Lage war, nicht nur an sich, sondern möglichst weitgehend auch an anderen Beobachtungen anstellte. Besondere Qualen brachten für ihn und seine politischen Mitgefangenen die vollkommen ungeschlechtliche Verschärfung der Haft. Anfangs durften sie in den Zellen auch die Besuche ihrer Frauen allein empfangen, aber mit der Ueberführung nach Nieder-Schöneweide hörte das auf. Sie alle, oft bis zu 60 bis 90 Personen waren auf einem kleinen Gang von ihren Zellen zusammengepfercht. Das hieß Verkommenheit mit denselben Gesichtern und die Abperlung von der Augenwelt — bei Besuchen sah stets ein Aufseher zwischen ihnen am Tisch — machte sich bei allen in einer nervösen Ueberreizung bemerkbar. Es bildeten sich Freundschaftsgruppen, deren Zusammenhalt Erosit und das Bedürfnis nach Jartlichkeit war. Wie weit es tatsächlich zu homosexuellem Verkehr kam, ist natürlich schwer festzustellen, aber auch Verheiratete, die also ganz bestimmt vollkommen normal waren, wurden mit hineingezogen. Die Mühsam durch Befragen bei in einem anderen Stockwerk untergebrachten gefangenen Frauen zur Antwort erhielt, litten auch diese schwer unter der aufgezogenen Abstinenz und hätten gerne ein Alleinsein geschien, wenn es nur für mehr als wenige Augenblicke möglich gewesen wäre. Oft werden — was Mühsam mit als Zweck dieses Strafvollzuges bezichnete — die Familien und damit in den meisten Fällen die materiellen Lebensmöglichkeiten zerstört. Die Frauen können nicht als Mütter leben oder altern frühzeitig, wenn sie ihrem Mann die Treue bewahren wollen. Nicht selten kommt es vor, daß sie sich der Prostitution ergeben, um nicht einem einzigen außer dem Gatten zu gehören. Wie es mit der Arbeit, die ihnen hätte vielleicht etwas Erleichterung sein können, stand, erwähnte er auch: sie hätten für eine Mark wöchentlich jeden Tag 10 Stunden lang Holz hacken dürfen, was schließlich einige dann doch taten, weil sie es nicht mehr aushalten

konnten. In der sehr lebhaften Debatte sprachen unter anderen ein Gefangener, der aus seiner Erfahrung heraus dem Vortragenden recht geben mußte und mitteilte, daß oft die Ueberreizung derartige Formen annimmt, daß die Häftlinge ins Irrenhaus überführt werden müssen, aus dem sie dann nicht mehr herauskommen. Der Direktor der Strafanstalt in Plöbensee suchte die Vorwürfe Mühsams zu entkräften, mußte aber doch das Barbarische dieses Strafvollzuges zugeben. Er sagte, daß in Deutschland für die sich gut aufführenden Häftlinge gewisse Erleichterungen geplant sind, so Urlaube, wenigstens für die Verheirateten, was selbst das zaristische Rußland den Gefangenen zugestanden hatte.

**Von der internationalen Arbeiterpresse.** Die sozialistische Presse Frankreichs hat sich neuerdings um eine wöchentliche Publikation vermehrt. Seit dem 1. Mai 1926 erscheint „La Correspondence Socialiste“, unter der Redaktion von Brode, Compère-Morel, M. Delapine, Paul Faure, J. B. Leboucq, Louis Leboucq, J. B. Severo, J. Symons als Wochenblatt. Die Administration leitet Genosse Henri Courmont, 36, Rue de Courfils, Reuil (S. u. O.). Der Abonnementspreis für das Halbjahr beträgt 6 französische Franken. — Am 17. April 1926 feiert die St. Louiser „Arbeiter-Zeitung“, die in deutscher und englischer Sprache erscheint, ein Jubiläum. Schon im Jahre 1880 wurde in St. Louis von deutschen Arbeitern, die infolge des Sozialisten-Gefetzes aus Deutschland nach Nordamerika ausgewandert waren, ein tägliches Arbeiterblatt gegründet, das aber im Jahre 1897 wieder eingestellt werden mußte. Seit August 1898 erscheint nun die „Arbeiter-Zeitung“ in deutscher Sprache, zu der sich seit 1902 auch eine englische Ausgabe „St. Louis-Labor“ gesellte. Das fünfundsüßanzigjährige Bestehen der englischen Ausgabe wird nun von beiden Blättern in einer großen „Silbernen Jubiläumfeier“ begangen.

**Weiterüberblick vom 10. Mai.** In den letzten Tagen hat der anhaltende Luftdruck aus dem Nordwesten die Temperaturen in der Republik oft unter dem Normalwert herabgesetzt. Sonntag war das Prager Tagesmittel 5,8 Grad Cels., also um fast 7 Grad unter dem Normal. Es herrscht im ganzen Staatsgebiete veränderliches Wetter mit wiederholten Regenschauern vor, die sichtlich von Gewittern begleitet waren. In den mittleren und höheren Lagen fiel zeitweise Schnee (Prerau meldet Hagel). In der Nacht auf Montag, wo es sich aufheizte, traten vielfach leichte Fröste ein. Die tiefsten Temperaturen meldet: Eger minus 3 Gradweis minus 2, Labor und Deutsch-Brod minus 1 Grad Cels. Die Schneedecke hatte minus 7 Grad — Wahrscheinliches Wetter von Dienstag: In der Nacht vorwiegend heiter und kühl, am Tage wechselnd bewölkt, keine oder nur leichte Niederschläge, wärmer werdend, schwacher Wind.

**Volkswirtschaft. Die Krise des tschechoslowakischen Zuckers.**

**Die siegreiche deutsche Konkurrenz.** In der Zeit vom Jänner bis März 1926 betrug die Gesamtexport aus der Tschechoslowakei 4166 Millionen. Das bedeutet gegen dieselbe Zeit des Vorjahres einen beträchtlichen Rückgang, denn in den ersten drei Monaten 1925 hat die Ausfuhr 4730 Millionen betragen. Der Rückgang beträgt also 564 Millionen. In derselben Zeit hat Deutschland Waren im Werte von 2034 Millionen Reichsmark ausgeführt, in derselben Zeit des Jahres 1926 aber für 2499 Millionen. Der Zuwachs beträgt also 465 Millionen Mark oder 3700 Millionen Kč. In derselben Zeit also, da die Ausfuhr der Tschechoslowakei um 12 Prozent gesunken ist, ist Deutschlands Ausfuhr um 22,5 Prozent gestiegen.

**Die Internationale der Angestellten in Amsterdam.**

Vom 5. bis 7. Mai d. J. fand in Amsterdam eine Vorstandssitzung des internationalen Verbandes der Handels- und Bureauangestellten statt. Die Frage der Propaganda in den verschiedenen Ländern wurde erörtert und geregelt. Als neues Verbandsmitglied wurde der 13.000 Mitglieder umfassende deutsche Bund der Polier im Baugewerbe aufgenommen. Ferner wurden die Vorbereitungen für die Internationale Konferenz der im Bergbau beschäftigten Beamten, die demnächst im Ruhrgebiet abgehalten werden soll, sowie für die internationale Konferenz der Handelsreisenden, die im Oktober nach Prag einberufen werden soll, besprochen. An dem englischen Gewerkschaftsorgan „The Worker“ wurde ein Sympathiegramm gesandt. Die nächste Vorstandssitzung wird in Berlin stattfinden.

**Die Lage der Textilarbeiter 1922-1924.**

Es ist eine löbliche Gepflogenheit sowohl der Zentralgewerkschaftskommission des deutschen Gewerkschaftsbundes als auch der größeren Verbände, ihre Berichte und die Protokolle ihrer Tagungen in gefällig ausgestatteten Büchern herauszugeben. Auch der Bericht der Union der Textilarbeiter über die Tätigkeit des Verbandes vom 1. Jänner 1922 bis zum 31. Dezember 1924 und das Protokoll des Anfang Dezember 1925 abgehaltenen dritten ordentlichen Verbandstages ist ein Buch, das in hübscher Ausstattung jeder in seine Bücherei gerne einziehen wird. Das Buch enthält tatsächlich eine erschöpfende Uebersicht über die Lage der Textilarbeiter in den genannten drei Jahren. Es beginnt mit einer Wirtschaftsbeschreibung schildert die furchtbaren Wirkungen der in jenen Jahren aufgetretenen Wirtschaftskrise und legt dar, was der in Rede stehende Verband getan hat, um die schädlichsten Wirkungen der Krise für die Arbeiter abzuwehren. Alle Lohn- und Streikbewegungen werden übersichtlich registriert, die Löhne und Lebensmittelverhältnisse in farbigen graphischen Darstellungen und vor Augen geführt, die große sozialpolitische Arbeit des Verbandes umfassend geschildert, die Tätigkeit der Zentrale sowohl wie die der Kaufsekretariate eingehend dargestellt. An den Bericht schließt sich das Protokoll des Verbandstages an, die darin enthaltenen Berichte der Funktionäre ergänzen den offiziellen Bericht der Union, die Referate und die Debatten über die die Arbeiter hauptsächlich bewegenden Probleme vermitteln uns einen tiefen Einblick in das Leben und Streben der Textilarbeiterschaft. So kann das Urteil über dieses von der Union herausgegebene Buches darin zusammengefaßt werden, daß es als Quellenwert für die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Tschechoslowakei in jenen Jahren von großem Wert ist und daß sich die Union durch die Herausgabe des auch äußerlich gefälligen Werkes, das in ihrem Verlage erschienen ist, ein Verdienst erworben hat.

**Londoner Bilder. Die Stadt und ihre Menschen.**

Berlin, 6. Mai 1926.

Ein bekanntes Wortspiel sagt: „Ein Engländer: ein Idiot; zwei Engländer: ein Match; drei Engländer: die größte Nation der Welt.“ Die Realität dieses Volkes ist damit zwar nicht erschöpfend, aber doch in einzelnen Zügen richtig angedeutet. Das zeigt London auf Schritt und Tritt. Es wohnen hier zwar mehr Juden als in Palästina, mehr Iren als in Dublin, mehr Deutsche als in einer mittleren deutschen Provinzstadt usw.; aber der Engländer gibt doch den Ausschlag. In London gewinnt man, wie überall im Ausland, sofort den Eindruck, daß es nun einmal Menschen gibt, die so ganz anders als wir denken und fühlen und deshalb in ihren Handlungen auch ganz anders als unsere Stammverwandten beurteilt werden müssen. Der Engländer kann sehr großzügig, aber auch wieder ganz konterbatio und zugeknöpft sein. Mit kindlichem Stolz hängt die Nation, hängt aber auch der Einzelne an Ueberlieferungen von alten Bräuchen. Man hat noch das alte, unpraktische Geldsystem, hat eine ungeführte Verfassung in Jahrhunderten nicht geändert, respektiert (auch in Arbeiterwohnungen) das Bildnis des Königs. Im Tower, dem alten bürgerlichen Staatsgefängnis an der Themse, erschauert jeder Unheimliche in Ehrfurcht; die Wärter und Diener

tragen natürlich die alte, historische Tracht. Noch immer ist der König und sind die Prinzen sonderbaren Zeremonien unterworfen. Täglich findet im Horse Guards eine lächerliche, aber schillernde Parade der Garde statt, und vor dem Buckingham-Palast, der Wohnung des Königs, schieben zwei Grenadiere, leuchtend, so halb im Laufschrift und schreitend unter einer solofalen Bärenmütze, Wache. Der Lordkanzler sitzt noch heute auf seinem Bollsitz im Oberhaus, und der Präsident des Unterhauses muß aus alter Gewohnheit bei der Sitzung eine große Perücke tragen. Solche „alten Köpfe“ könnten zu Hunderten aufgezählt werden.

Trotzdem: In London gibt sich freier. Man benimmt sich in London wesentlich ungenierter als bei uns. Die ohnehin schauerlich gepuderten und geschminkten (sonst aber nicht übel!) Londoner Misses und Womans streuen sich auf offener Straße, im Café und im Park, feckenruhig das weiße Zeug ins Gesicht. In den Parks liegen Männlein und Weiblein in Scharen da und dort, eng umschlungen am hellen Tage auf dem Rasen. Warum nicht? Wer's nicht sehen mag, soll weitergehen. Der Andrang zu den Theatern, zum Beispiel, ist gerade jetzt sehr stark. Eine Stunde vor Kassenöffnung kommen die Menschen schon und stellen sich in langen Zügen an. Da vermietet eben ein Nachbar Klappstühle, das Stück zu einem Penny, und bald hoch eine fünfzig und mehr Meter lange Reihe von Personen auf dem Gehweg. Dann fehlt bestimmt auch nicht ein Musikant oder ein Sänger, der sich auf die Straße

stellt, sich produziert und nachher mit dem Hut Pennys und Halbpennys sammelt. Oder ein altes Weib hält eine Rede vom Reiche Gottes oder den Gesilden der Seligen, was die Studenten entweder lässlich amüsiert oder stark interessiert.

Auf der Oxford-Street ist der Verkehr lebensgefährlich. Trotzdem marschieren drei oder fünf Mann daher mit Pauken und Trompeten und haben einen Marsch nach dem anderen herunter. Nachher kommt die Damen'apelle der Heilsarmee zwischen Omnibussen und Autos und spielt Choräle; am Randstein singt ein Blinder, dort macht einer Kopfstand und Kumpfbildungen, hier bettelt ein Junge um einen Penny; London verträgt alles, duldet alles und — übersteht alles.

Selben besonderen Reiz hat stets der Hyde-Park, eine riesige Anlage westlich der City, also beim Zentrum, mit ausgedehnten Rasenflächen, Autostraßen, Rennstraßen, großem Ruderteich und Musikpavillon. Hier sind Sonntags Hunderttausende von Menschen, um zu bummeln oder im Grase zu schlafen. An der Ecke der Edgware Road aber ist es besonders lebendig. Dort sind abends und an Sonntagen den ganzen Tag über Versammlungen unter freiem Himmel. Jemanden Mensch schleppi einen Stuhl oder ein schabbares Rednerpult herbei, stellt sich hin und beginnt zu reden. Das Publikum kommt von selbst. Da spricht einer von der Heilsarmee, dort von einer kirchlichen Gemeinschaft, Phrenologen, Philosophen, Parteileute, Verückte, Fanatiker, Gräbler, Weltverbesserer — alles redet und jeder findet Zuhörer. Der eine spricht zu fünfen, der andere

zu zehntausend. Die größten Versammlungen haben stets die sozialistischen Redner, über deren Haupt eine rote Fahne weht und die einander ständig ablösen. So kann es vorkommen, daß ein Rednerpult von morgens früh bis Mitternacht stets besetzt ist. Im Hyde-Park darf jeder Mann reden. Blamieren ist Privatsache. Der Londoner hört jedem zu, der etwas zu sagen hat. Selten gibt es Zwischenrufe, nie wurde ein Redner gestört — jeder kommt zu Wort. Schmerzlich berührt denkt man dabei an die deutsche „Rebefreiheit“. Allerdings: Der Londoner nimmt diese Dinge mehr von der sportlichen Seite. Ihm imponieren: der gute Redner, der Wit und Gewandtheit und ein gutes Organ besitzt, mehr als das, was der Mann da oben sachlich ausführt. Schlechte Redner finden im Hyde-Park nie ihr Publikum. Die Sozialisten haben ein paar stramme Kerle, die mit Eleganz und Schwung rhetorisch glänzend ihren Vortrag durchführen. Einzelne sind fabelhaft; Reiz reizen sie Tausende mit, dann fällt ein guter Wit und während das Volk unter herzlich lacht, bräust mit wütender Gebärde ein Dornenwetter nieder, daß den anderen das Sachen schmerzt. So geht es fort bis gegen Mitternacht; keiner kann mehr den Redner erkennen, nur seine Gestalt hebt sich dunkel am Himmel ab. Der Engländer weiß den mutigen, freien Mann zu schätzen. Er ist ohne Vorurteil — in diesen Dingen wenigstens — und läßt jeden nach seiner Passion selbigen werden. Im Hyde-Park spiegelt sich ganz London wider.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Sind Sie Sonntag eingeregnet? Dann kaufen Sie sich sofort einen garantiert wasserdichten Mantel von der Firma Busch, Damen- und Herren-Konfektion ein groß und ein detail, Prag, Pelkoph 27 (Großer Basar), nur 1. Stock - keine Schaufenster. 4057

Literatur.

Politische oder soziale Demokratie.

Zur Zeit der Abkühlung der Kommunisten von der Sozialdemokratie wurden auch bei uns in allen Versammlungen lebhaft Diskussionen über den Wert oder Unwert der Demokratie für den Befreiungskampf des Proletariats geführt. Aber das Problem selbst ist aktuell geblieben, teils weil in einzelnen Ländern die Bourgeoisie die Demokratie abgeschafft und zur unvershüllten Diktatur gegriffen hat, teils aber deswegen, weil in der kapitalistischen Gesellschaft die Arbeiterklasse immer wieder zu diesem Problem Stellung zu nehmen gezwungen ist. Deswegen ist das neu erschienene Buch von Max Adler von ebenso aktuellem Interesse wie es die Vorträge dieses Autors über das Problem der Demokratie waren, die er seinerzeit in verschiedenen Städten unseres Organisationsgebietes gehalten hat.

Max Adler will in das verwickelte Problem der Demokratie dadurch Klarheit bringen, daß er eine doppelte Demokratie unterscheidet: nämlich die politische Demokratie der bürgerlichen Gesellschaft und die soziale Demokratie der klassenlosen Gesellschaft, des Sozialismus. Die politische Demokratie ist ein Instrument der Klassenherrschaft, das ebenso in die Hand der Bourgeoisie fallen kann wie in die des Proletariats, wenn nicht gerade beide Klassen sich das Gleichgewicht halten. Die Diktatur des Proletariats ist für Max Adler die Herrschaft des Proletariats in der politischen Demokratie. Freilich ist für ihn die Diktatur des Proletariats etwas ganz anderes als das, was in Rußland so genannt wird. Die wahre Diktatur des Proletariats ist die Herrschaft einer ungebundenen Mehrheit über eine geringe Minderheit, während Adler die Herrschaftsform des Bolschewismus Terrorismus nennt, wobei nicht wie bei der Diktatur des Proletariats die Minderheit vergewaltigt wird, sondern die Mehrheit. Die Herrschaft der Bolschewiki trägt also falsch den Namen der Diktatur des Proletariats.

Damit sind nur ein paar der Grundgedanken des lebenswerten Buches von Max Adlers wiedergegeben. Man empfängt bei der Lektüre - wie beim Lesen jedes Buches von Max Adlers - eine Fülle von Anregungen, eine Menge von Problemen - wir erwähnen nur das Problem des berufständischen Wirtschaftsparlaments, das Adler als gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet ablehnt - wird marxistisch durchleuchtet.

Das Buch Max Adlers kann allen Vertrauensmännern auf das angelegentlichste empfohlen werden. C. St.

\*) Max Adler „Politische oder soziale Demokratie“. C. Laubische Verlagbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30, 1926.

erschien uns in der Ausbeutung Furtwänglers völlig neu, viel mehr beethovenmäßig als man ihr sonst anhört. Denn Furtwängler versteht es in genialer Weise, die wirklich beethovenischen Merkmale des Werkes so hervorzuheben und zu unterstreichen (teils durch unvergleichliche Phrasierungsfähigkeit, teils durch entsprechende rhythmische und dynamische Betonung), daß sein Mozart-Sohn-Ziel fast gänzlich verloren geht. Daß Furtwängler das „Memento“ der Sinfonie im Tempo als richtiges Scherzo im Sinne der späteren Sinfonien Beethovens spielen läßt, ist mit ein Stück seiner authentischen Beethoven-Interpretation. Wagners „Tannhäuser“-Überzüge, mit auflockernder Beschleunigung des Pilgerchorthemata gespielt, gab dem berühmten Dirigenten vor allem Gelegenheit, das Orchester zu höchster Klanglicher Brachentfaltung anzufeuern. Als Dirigent ist Furtwängler von hingebungsvoller Lebendigkeit, ohne ein Uebermaß an Geiste zu verschwenden. Die Hände sind ihm ebenso Werkzeuge seiner Direktionsmethode wie die Bewegungen des Kopfes und vor allem sein Mienspiel, das alle Absichten dieses genialen Meisterdirigenten eindringlich und suggestiv auf das Orchester überträgt. Von dem frenetischen Beifall, der Furtwängler seitens des den großen Zugernußal erdrückend füllenden Publikums zuteil wurde, gebührt ein gut Teil dem ausgezeichneten Orchesterkörper der Berliner Philharmoniker, der an musikalischer Disziplin seinesgleichen sucht und in der unerhörten Gleichmäßigkeit seines Zusammenspiels kaum zu übertreffen ist. -L.

Prager Konzertsaal.

Das Prager Publikum ist unergründlich launisch in seinen Gunstbezeugungen; Konzerte, die der größten Teilnahme würdig wären, werden von ihm gemieden, während andere, funktunwertige Veranstaltungen stärksten Zulauf finden. Es wurde der letzte (zweite) Kammermusikabend der Prager deutschen Musikakademie wieder einmal vor halbieren Sesselsreihen abgehalten, trotzdem er nicht nur ein selten gediegenes, sondern auch selten interessantes Vortragsprogramm in musterghätiger Ausföhrung bot. Die Hauptattraktion dieses Kammermusikabends war ein Streichquartett: des ungarischen Neutöners Bela Bartok, ein in der thematischen Erfindung ungewöhnlich reiches, formal abgeklärtes und in der harmonischen Struktur durchaus zugängliches Werk, das wieder einmal bewies, daß die auf volkstümlichen Elementen aufgebaute Musik die wirksamste und gesündeste ist. Die weiteren Nummern der Vortragsordnung bildeten ein Klaviertrio von Beethoven und Brahms' herrliches Klavierquartett in A-Dur. Um die Ausführung dieses Meisterprogrammes machten sich die Hörer der Kammermusikklasse Prof. Maurits Franks, die Damen Margarete Hönel (Violine), Gutler und Schwarz (Klavier) sowie die Herren Kalliwoda (Violine), Kromer (Bratsche) und Schaffranek (Cello) verdient. Die Prager deutsche Max Reger-Gesellschaft veranstaltete nach langer Zeit einen Reger-Abend, bei dem Werte aus verschiedenen Schöpfungsperioden dieses modernen „Bach“ zur Aufföhrung gelangten: Eine Violinsonate, mehrere seiner auf den volkstümlichen Ton gestimmten Lieder, eine Suite für Cello und das E-Moll-Trio für Klavier, Violine und Cello. Ausführende waren der ausgezeichnete Prager deutsche Geiger Willi Schwedda, die heimische

Konzertfängerin Frau Brömse-Schänewann (die die Lieder mit wunderbarer Einföhlung im Vortrag sang, aber minuter allzu pathetisch im Tone anstrug), der Cellist Maurits Frank und unser deutschböhmischer Meisterviolinist Franz Langer, sämtliche Mitglieder des Lehrkörpers der Prager deutschen Musikakademie. Eine außerordentlich interessante Veranstaltung gab es im tschechischen Staats-Konservatorium: Eine Geigen-Konkurrenz. Die Vereinigung der Prager Instrumentenmacher hatte sie ausgeschrieben, ihr Ziel war ein 2000-Kronen-Preis des Schulministeriums. Es neue Instrumente kamen zur Vorführung, und zwar hinter einer spanischen Wand, um jede äußere Beeinflussung der Preisrichter bei ihrer Beurteilung fernzuhalten. Unter ihnen wurden von der Jury zunächst vier als die besten ausgezeichnet, drei kamen schließlich in die Entscheidungskongkurrenz. Den Preis errang eine Meistergeige des Karolinenthaler Geigenbauers Franz Podaha, die fünf von insgesamt acht Preisrichterstimmen auf sich vereinigte. Den Vortrag auf den einzelnen Instrumenten besorgten Meisterschüler der Violinabteilung des tschechischen Staatskonservatoriums. Nicht ganz zu überzeugen vermochte ein öffentlicher Lieder- und Arienabend der Gesangsschule Friedl Strattis, der sich eines ganz ungewöhnlich zahlreichen Besuches zu erfreuen hatte. Wir schätzen Strattis als ebenso ausgezeichneten Sänger wie gründlichen Gesangs-theoretiker. Daß die Umsetzung der Theorie in die Praxis aber ungemein schwierig ist und langjährige Erfahrung in der Gesangspädagogik erfordert, bewies diese Veranstaltung in akustanter Weise. Schon sprachlich-deklamatorisch zeigten die Schülerinnen und Schüler Strattis, soweit wir sie hören konnten, auffallend übereinstimmende Mängel, in der Ton- und Stimmführung aber vermühte man die eigentliche Kunst des Gesanges, dem Tone Farbe und klingendes Volumen zu geben. Ganz vorzüglichem Eindruck dagegen machte das mit erlebnisreichem Geschmack zusammengestellte Programm dieses musikpädagogischen Versuchsabends. Einen künstlerisch gelungenen Liederabend gab der aus dem Prager deutschen Vereinsleben bestens bekannte Bassist Prof. Dr. Max Fortner. Perlen der Liedliteratur Schuberts, Brahms' und Hugo Wolfs bildeten sein Programm. e. i.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Dienstag 7 Uhr abends „Hamlet“, Mittwoch 8 1/2 Uhr abds. 4. ord. philh. Konzert, Donnerstag 8 1/2 Uhr „Charles Tante“, halb 8 Uhr abends Gasspiel Emmy Sturm: „Die spanische Nachtigall“, Freitag 7 1/2 Uhr abends „Lida“, Samstag halb 8 Uhr abends „Das Spiel um die Liebe“. Sonntag halb 3 Uhr nachm. „Die Geisha“, 7 Uhr Gasspiel Leop. Kromer: „Die Teresina“, Montag 7 Uhr „Hamlet“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Dienstag abends „Der Selige“, „Die schlimmen Buben in der Schule“, „Brüderlein fein“, Mittwoch Bankbeamtenvorstellung „Der teuflische Lebemann“, Donnerstag „Der wahre Jakob“, Freitag Kulturverbandsvorstellung, Gasspiel Leopold Kramer „Papa“, Samstag „Die heimliche Brautfahrt“, Sonntag 3 Uhr nachm. „Nidel und die 36 Gerechten“, halb 8 Uhr „Der fröhliche Weinberg“.

Turnen und Sport.

Das Bundesmeistertreffen in Dresden.

„Gleichheit“ Weiskirchlich unterliegt knapp gegen DSB. Dresden 2:3 (1:3).

Das erste Zusammentreffen der beiden Bundesmeister fand am 8. Mai in Dresden statt und stand im Zeichen des allgemeinen Interesses und lockte trotz der unfreundlichen Witterung eine große Zahl Zuschauer auf dem herrlich gelegenen DSB-Platz. Dresden für Linksaußen, Weiskirchlich für Rechtsaußen und linken Verteidiger Ersatz. Beide Mannschaften zeigten ein ausgeglichenes und technisch hochstehendes Kombinationspiel, wie es schon lange nicht am DSB-Platz gesehen wurde. Die Dresdener technisch besser, Weiskirchlich dagegen flotter und energischer, wie überhaupt Weiskirchlich in der Gesamtleistung eine angenehme Ueberraschung bot. Die Kombinationsmaschine des Dresdener kam bald ins Stocken, als Weiskirchlich zu voller Form aufstieg. Von dieser Zeit an - DSB lag schon mit 2:0 in Führung, beherrschte „Gleichheit“ das Spiel, doch die Stürmer der Weiskirchlicher konnten der gegnerischen Verteidigung außer einem Tor nicht beikommen. Ein Gegenangriff der Dresdener führte in der letzten Minute vor Schluß der Halbzeit noch zum dritten Verlusttreffer. In der zweiten Halbzeit steigerte sich das Tempo und beide Mannschaften sind gleichwertig, wuchtig im Angriff, aber auch sicher in der Abwehr. Weiskirchlich erzielt erst in der 65. Minute den zweiten Treffer. Trotz größter Anstrengungen und aller Auspöferung ist keine der Parteien imstande, das Resultat zu ändern.

Weiskirchlich kann auf dieses Resultat stolz sein, es hat sich dem reichsdeutschen Bundesmeister als vollkommen ebenbürtiger Gegner erwiesen und unsere Arbeitersportbewegung würdig vertreten.

Das Retourspiel am Kreiskreuz zu Pfingsten in Teplitz wird einen großen Kampf um den Sieg bringen.

DFC. gegen Viktoria Biffen 4:2 (1:0). Das am Samstag ausgetragene Spiel stand auf keiner besonderen Höhe. Viktoria bewies in diesem Spiele, daß der DFC in Biffen seinerzeit sehr schlecht gespielt hat, um eine Niederlage zu erhalten. Aber auch Samstag zeigte der DFC nichts, aber rein

gar nichts, was seinem Prädikat „Extraklasse“ entspräche. Ein unmögliches Forward, eine schwache Halbfreihe und eine unsichere Verteidigung von der bloß Stiefl im Tore eine Ausnahme machte. Wenn auch ohne Leh, Patel und Krombholz spielend, hätte die Mannschaft der Blauweißen ein anderes Spiel vorführen müssen, denn einem solchen schwachen Gegner wie Viktoria sollte man nicht Gelegenheit geben, zwei Tore aufholen zu können. Viel mag auch der Umstand beigetragen haben, daß die Spieler von einem Spiel ins andere gehen und dadurch in ihren Leistungen stark mitgenommen werden. Die Leitung des DFC. hasardiert mit der Gesundheit der Spieler wie auch mit dem Renommee des Klubs und alles bloß wegen des leidigen Mammons und wegen des Ehrgeizes, eine Berufsspielermannschaft zu bestehen. Wenn man nicht die Mittel hat, dann ist es wohl besser, dem Professionalismus Wien zu sagen und reinen Amateursport zu betreiben. Die Spielstärke wird wohl einige Zeit hindurch schwächer sein, aber sich wieder heben. In der Form aber, wie sich der DFC. jetzt zeigt, wird einem das Zusehen fürchterlich schwer gemacht. -K.

DFC. Amateure gegen SK. Smichov Biffen 3:2 (3:1). Dieses Samstag in Biffen ausgetragene Spiel gegen den zweitstärksten Verein von Biffen gewonnenen die Amateure sicher. Hervorragenden Anteil an diesem Sieg hatte Tauffsig im Tor, der durch seine gute Arbeit auch reiche Anerkennung bei den Zuschauern errang.

Slavia weilt in Kopenhagen und konnte Freitag gegen eine lombinierte Elf mit 2:1 siegreich bleiben. Sonntag war der Gegner stärker, eine Stadtmannschaft schlug die Slavia 5:3 (4:2). In diesem Spiele trat Slavia mit Erfah und mit einigen Besten an und konnte trotz offenen Spieles eine Niederlage nicht abwenden.

Teplitzer FK weilt Sonntag wiederum in Prag und kam mit einem blauen Auge davon, denn der stark erfahrungsvollste Gegner schlug die Teplitzer nur 4:0 (1:0). Bei Teplitz debütierte Schaffer (ehemals DSK. Brüj) als Sturmführer mit wenig Erfolg. Teplitz ist nicht mehr das, was es 1920-21 gewesen war, der Ruhm verblaßt. Einzig die Vegetierung und Aufpöferung für ihre Farben ist geblieben - aber das genügt nicht, wenn es noch dazu an Können mangelt. Einzelne Spieler sind gut, der andere Teil kommt über den Durchschnitt nicht hinaus.

Länderspiele. Mailand: Italien schlägt die Schweiz 3:2 (3:0). - Braunschweig: Norddeutschland gegen Nordholland 3:2 (1:0).

Städteispiele. Dresden: Leipzig gegen Dresden 1:6. - Stettin: Magdeburg gegen Stettin 4:0. - Krakau: Lodz gegen Krakau 2:2 (2:0).

Weitere Fußballresultate. Prag. CAFC. gegen Cechie VIII 0:0, Praha VII geg. Rapid 4:3 (2:3), Kroschlawy gegen Union Břovice 1:2 (0:10), Cechoslovakien gegen Sparta Aosta 4:0 (1:0), Cechie Smichow gegen Slovian VII 5:4 (4:0), AFA. Břovice gegen Slavoj Zizkow 2:1 (0:0) - Kuffig. Samstag: DSK gegen Slavia 12:0 (6:0), Sonntag: Deutsche Sportbrüder Schredenstein gegen Sp. V. Teifchen-Bodenbach 3:3. Nach Verlängerung 5:4, wodurch die Sportbrüder Gruppenmeister werden. - Komotau. DSK. gegen Kuffisch SK. Prag 5:2 (1:1). - Brüj. DSK. gegen Sturm Prag 1:0 (1:0), Schwalbe gegen SK. Louny 4:2 (2:2). - Karbiv. DSK. gegen DSK. Dux 1:1. - Turn. SK. Most gegen Turner SK. 3:1 (2:0). - Vensn. DSK. Kuffig gegen Sportbrüder Benfen 8:0 (3:0). - Reichenberg. DSK. Reichenberg gegen DSB. Leipa 2:0 (2:0). - Gablonz DSK. Gablonz gegen DSK. Warnsdorf 1:1. Gablonz Nordgautmeister. Warnsdorf. DSK. Reichenberg gegen Germania Warnsdorf 3:1 (2:1). - Pardubiv. SK. Pardubice gegen Klubno 4:3 (3:0). - Königgrätz. AFA. Pardubice gegen SK. Gradec Kralove 6:3 (1:3). - Budweis. DFC. Budweis gegen SK. Klatov 4:2. Straconice gegen Meteor Budweis 6:2. - Brünn. 1. Rugbyspiel in der Tschechoslowakei: Moravia Slavia gegen UC. Zizka 31:17 Punkte, Zdenice gegen Achilles 7:1 (4:0). - Mähr.-Osterr. SK. Mor. Ostrava gegen Slovian 3:1 (3:1). - Witzkowitz. DSK. Witzkowitz gegen Mähr.-Osterr. SK. 5:3 (4:1). Durch diesen Sieg ist Witzkowitz Meister des Nordostlandes - Oderberg. SK. gegen DSB. Teifchen 1:1 (1:1). - Troppan. DSB. Troppan gegen SK. Oderberg 10:2 (3:0). - Prohnik. Maffabi gegen DSB. Brünn 4:3 (3:0). - Přebuz. Ungarischer Gau Přebuz gegen tschechischer Gau der Weiskirchler 4:1 (2:0), Maffaba gegen Vafas 2:1 (2:1). - Wien, 9. Mai. Wader gegen Rudolfsbügel 1:1 (1:0), Hertha gegen Sportklub 4:1 (2:0), Vienna gegen Simmering 3:3 (1:1), Amateure gegen Rapid 5:0 (4:0). - Budapest. Samstag: Bivo gegen Kispesti 2:2 (0:0), Törekös gegen BEAC. 2:2 (1:2), Sonntag: MTK. gegen FC. 1:1 (1:1), Bzer gegen FC. 1:3 (0:1), UTE. gegen 3. Bezirk 7:0 (2:0). - Augsburg. 1. FC. Pforzheim gegen Schwaben 3:1. - Berlin. Hertha-BSC. gegen Norden-Nordwest 2:1, Tennis Borussia geg. Dresdner SC. 1:1. - Bremen. AFB. Wörnberg gegen Komet 7:2. - Frankfurt. Eintracht gegen Kickers Stuttgart 3:2. - Hanau. Viktoria gegen VfR. Frankfurt 3:0. - München. Wader gegen Hanau 93 3:1, Bayern gegen Sportfreunde 3:3. - Mannheim. Mannheim-Waldhof gegen Wiesbaden 3:2. Nürnberg. Spielvereinigung Fürth gegen 1. FC. 1:0. - Barcelona. Daring Braxfel gegen FC. Barcelona 2:1. - Agram. Juventus Turin geg. Gradjanfki 5:2. - New York. Hakoah Wien gegen Sparta Chicago 6:1 (3:0).

Houbens neueste Niederlage. Beim internationalen Meeting, das von der Hakoah Wien veranstaltet wurde, startete auch Houbens und wurde von seinem Klubkameraden Schüller im 100-Meter-Laufen geschlagen. Schüller gewann in der Zeit von 10:8 Sek. Trotz der zahlreichen ausländischen und österreichischen Konkurrenz wurden keine besonderen Leistungen geboten. Achtung verdient nur der 1000-Meter-Lauf, wo Bruhnen (GFC) außer Konkurrenz startend, den österreichischen Rekord mit 32:34,2 verbesserte.

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Studentengruppe. Dienstag, 11. Mai, 8 Uhr abends im Verein deutscher Arbeiter: Versammlung. Tagesordnung „Die Mitteilerschülerfrage“.

Herausgeber Dr. Ludwig Czoch. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Niehner. Druck: Deutsche Zeitungs-A.G., Prag. Für den Druck verantwortlich: O. SOLL.

Bei chronischer Stuhilverstopfung, Fettleibigkeit u. Hämorrhoiden, große Heilerfolge durch die neuerbohrte Glaubersalzquelle der stärksten der Welt in Franzensbad. Aerztliche Broschüre sowie Auskunft über Kurverhaltung Franzensbad. Zimmer mit Verpflegung v. KČ 42.- aufwärts.

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT Gesellschaft m. beschr. Haft.

empfehlen sieh den p. t. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckorten wie: Briefen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliederausgaben, Einladungen, Fiktionen, Flug-schriften, Faktionen, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. - Satzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHÖNAU Tschiergasse Nr. 6.

Genossen leset u. verbreitet den Sozialdemokrat

Kunst und Wissen.

Furtwängler-Konzert.

Furtwängler genießt gegenwärtig den Ruf, der bedeutendste und persönlichste deutsche Konzertdirigent zu sein. Seine letzte Tournee durch Amerika gestaltete sich zu einem wahren Triumphzuge. Sein sonntägiges Prager Konzert mit der Berliner Philharmonie ist der Beginn einer neuen großen Konzertreise, die die Hauptstädte des europäischen Festlandes zum Ziele hat. Furtwängler hatte diesmal ein ganz populäres Programm mitgebracht, ein Programm, das weder Ansprüche an die Aufmerksamkeit der Hörer stellt, noch musikalisches Neuland erschließt. Beethovens noch ganz im Mozartischen und Haydnischen Geiste geschriebene erste C-dur-Sinfonie, Bruckners populärste, romantische Es-dur-Sinfonie und Richard Wagners glanzvolle, so gern in den Konzertsaal verpflanzte Ouvertüre zur Oper „Tannhäuser“ standen auf der Vortragsordnung des Konzertes. Alle diese Werke hat man in Prag zu wiederholtenmalen und von verschiedenen, mehr oder weniger berühmten Dirigenten gehört, so daß das Interesse doppelt groß war, Furtwänglers persönliche Note bei ihrer Interpretation kennen zu lernen. Daß Furtwängler die Gegensätze liebt und ein Meister der rhythmischen und dynamischen Gliederung ist, bewies er auch an dem Programme dieses Konzertes. Bruckners romantische Sinfonie hat man kaum je so klanglich differenziert und rhythmisch gegensätzlich gehört wie diesmal; in den langsamen Sätzen mit fast schwärmerisch übertriebener Retardierung, in den raschen Sätzen dagegen, namentlich im Scherzo, von solcherer Zeitmaße als man es gewöhnt ist und Bruckner selbst es wollte. Der edle romantische Charakter der Sinfonie aber kam in der unterstrichenen rhythmischen und dynamischen Gegensätzlichkeit Furtwänglers eindringlich wie nur möglich zur Geltung. Beethovens „Erste“